

Deindustrialisierung oder Aufschwung Ost? Der Strukturwandel in Ostdeutschland und die Rolle der Treuhandanstalt am Beispiel des Landes Brandenburg

Ein schwarz-rot-goldener, in den Himmel gerichteter Pfeil sollte den Weg weisen. Am 8. März 1991 verabschiedete das Bundeskabinett mit dem »Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost« ein 24 Milliarden DM schweres, umfassendes Bündel von Finanz- und Aufbauhilfen für die ostdeutschen Länder, das dem rasanten wirtschaftlichen Abschwung und der massiv ansteigenden Arbeitslosigkeit entgegenwirken sollte.¹ Mit dem Programm sollten im Osten Deutschlands Straßen gebaut, Wohnungen saniert und Investitionen angestoßen werden. Der damalige Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Fritz-Heinz Himmelreich, nannte das Gemeinschaftswerk daraufhin das »gigantischste Ankurbelungsprogramm« in der Geschichte der Bundesrepublik.² Und Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) erklärte erwartungsvoll: »Nunmehr ist ein Maximum an Anreizen für investitionsbereite Unternehmen geschaffen. Das heißt: Investoren in den neuen Ländern erhalten eine einmalig attraktive Förderung, jetzt können die Pferde saufen, um mit Karl Schiller zu sprechen, und ich hoffe und erwarte, dass sie es auch tun.«³

1 Vgl. Marco Hietschold: Die Integration des »Aufbau Ost« in die bundesdeutsche Finanzordnung. Potentiale und Perspektiven wachstumswirksamer Transfermittelverwendung, Göttingen 2010, S. 36.

2 Zit. nach In Hülle und Fülle, in: Der Spiegel vom 10.3.1991.

3 Zit. nach Teure Ankurbelung einer maroden Wirtschaft, in: Deutschlandfunk Kultur vom 8.3.2016, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/gemeinschaftswerk-aufschwung-ost-teure-ankurbelung-einer-100.html> (Zugriff am 3.6.2022).

Die erhofften positiven Folgen dieser Initiative traten jedoch keinesfalls so unmittelbar ein wie erwartet. Stattdessen dominierten unter den Schlagworten des Plattmachens und der Abwicklung Tausender Betriebe bis weit in die 1990er-Jahre der Eindruck einer gewaltigen Deindustrialisierung sowie eines sozioökonomischen Niedergangs in Ostdeutschland.⁴ Als maßgeblich verantwortliche Akteurin für diese Prozesse wird dabei bis in die jüngste Vergangenheit die Treuhandanstalt verstanden, der von Vertretern aus Politik und Wirtschaft vielfach Fehler und Missmanagement vorgeworfen wurden, die schließlich zum Niedergang Tausender Betriebe geführt hätten.⁵

Entsprechend bilanzierte Karl Döring, Leiter des Eisenhüttenkombinats Ost an der Oder und bis 1994 Vorstandsvorsitzender der EKO Stahl AG, im Jahr 2015, dass das Ergebnis der Arbeit der Treuhand die Deindustrialisierung Ostdeutschlands sowie ein finanzielles Desaster gewesen sei.⁶ Auch der Ko-Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke im Deutschen Bundestag, Dietmar Bartsch, erklärte 2019, die Treuhand habe in großem Umfang deindustrialisiert und damit »bis heute den Osten zurückgeworfen. Um es mal drastisch zu sagen: Die Treuhand hat aus dem Osten einen Ein-Euro-Laden gemacht.«⁷ Sogar in der Geschichtswissenschaft findet sich mittlerweile die enge Assoziation der Treuhandanstalt

4 Stellvertretend für diese Wahrnehmung Hannah Berend: Die Abwicklung der DDR. Wende und deutsche Vereinigung von innen gesehen, Köln/Karlsruhe 1996; Ein Land im Sonderangebot, in: Der Spiegel vom 2.2.1997; Das Trauma der deutschen Einheit, in: FAZ vom 3.8.2019.

5 Zur Perzeptionsgeschichte der Treuhandanstalt als Akteurin der Transformationszeit vgl. Constantin Goschler/Marcus Böick: Studie zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Bochum 2017, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/wahrnehmung-bewertung-der-arbeit-der-treuhandanstalt-lang.pdf> (Zugriff am 13.6.2022); Streit um Privatisierungsbehörde: Alle gegen die Treuhand, in: Deutschlandradio Kultur vom 22.10.2019, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/streit-um-privatisierungsbehoerde-alle-gegen-die-treuhand-100.html> (Zugriff am 3.6.2022).

6 Vgl. Karl Döring: EKO: Stahl für die DDR – Stahl für die Welt, Berlin 2015.

7 Zit. nach Zwischen Dichtung und Wahrheit. Umstrittene Treuhandbilanz, in: Deutschlandfunk vom 22.8.2019, <https://www.deutschlandfunk.de/umstrittene-treuhandbilanz-zwischen-dichtung-und-wahrheit-100.html> (Zugriff am 3.6.2022).

mit den Schrumpfungprozessen der Industrie. So konstatierte etwa der Historiker Thomas Adam in seiner jüngst erschienenen globalgeschichtlichen Darstellung zur deutschen Geschichte seit 1815, dass das Mandat der Treuhand, die ostdeutschen Unternehmen »ohne Wenn und Aber zu privatisieren«, zu einer weitflächigen Deindustrialisierung geführt habe.⁸ Darüber hinaus stellten Ökonomen mit Blick auf die Bilanz der Treuhand und die Rahmenbedingungen der Transformation fest, dass es statt zu einem Strukturwandel vielmehr zu einem Strukturbruch in Ostdeutschland gekommen sei.⁹ In dessen Folge, so argumentierte der ehemalige Ifo-Chef Hans-Werner Sinn, habe sich die ostdeutsche Wirtschaft zur »größten Transferökonomie aller Zeiten« entwickelt.¹⁰

Den Negativdeutungen stehen aber auch positivere Auffassungen zur Rolle der Treuhand im Zuge des Übergangs von der Plan- in die Marktwirtschaft gegenüber. So kam Karl-Heinz Paqué 2009 zu dem Schluss, dass das Urteil über die Treuhand aufgrund der zahlreichen Beispiele erfolgreicher ehemaliger Treuhandbetriebe sowie des Erhalts der industriellen Kerne erheblich positiver ausfallen müsse.¹¹ Hermann Rappe, zwischen 1982 und 1995 Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik und Mitglied des Verwaltungsrats der Treuhand, bezeichnete deren Arbeit als Erfolgsmodell.¹² Und der Volkswirt Michael C. Burda sprach anlässlich

8 Thomas Adam: Deutschland in der Welt, Gesellschaft, Kultur und Politik seit 1815, Frankfurt am Main/New York 2021, S. 380 f.

9 Vgl. Joachim Ragnitz: Strukturwandel nach Entindustrialisierung, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 12.5.2020, <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47137/strukturwandel-nach-entindustrialisierung#footnode1-1> (Zugriff am 13.6.2022); Michael Schönherr: Der lange Schatten der Treuhand, in: Olaf Jacobs (Hg.): Die Treuhand. Ein deutsches Drama, Halle (Saale) 2020, S. 95–115.

10 Hans-Werner Sinn: Der deutsche Transferstaat ist Unfug, in: Die Welt vom 21.10.2004.

11 Vgl. Karl-Heinz Paqué: Transformationspolitik in Ostdeutschland: ein Teilerfolg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2009) B 28, S. 22–27, hier S. 23 f.

12 Zit. nach Einst im wilden Osten, in: FAZ vom 14.3.2005.

des 20. Todestages von Detlev Karsten Rohwedder gar mit Blick auf die Treuhandanstalt von einem Riesenerfolg.¹³

Diese sehr unterschiedlichen Interpretationen des Vermächtnisses der Treuhand werfen Fragen nach ihrer eigentlichen Rolle im Zuge der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft und dem dabei zu untersuchenden Zeitraum auf. War die Treuhand wirklich für einen nachhaltigen Strukturbruch verantwortlich, der bis in die Gegenwart andauert? Welche Entwicklung nahm die ostdeutsche Wirtschaft vor und nach der Phase der Treuhandtätigkeit? Und nicht zuletzt ist auch zu klären, ob und inwiefern staatlich gesteuerte Wirtschaftspolitik globalökonomische Entwicklungen überhaupt nachhaltig beeinflussen kann.

Tatsächlich ist ein historischer Ort für die Treuhandanstalt im Rahmen eines längerfristigen Strukturwandels und der industriellen Entwicklung¹⁴ im geteilten und wiedervereinigten Deutschland quellengesättigt und regional differenziert bisher noch nicht gefunden worden.¹⁵ Dieser

13 Vgl. Michael C. Burda: Die makroökonomischen Zwänge der Treuhand-Privatisierung, in: Otto Deppenheuer/Karl-Heinz Paqué (Hg.): Einheit – Eigentum – Effizienz. Bilanz der Treuhandanstalt. Gedächtnisschrift zum 20. Todestag von Dr. Detlev Karsten Rohwedder, Berlin 2012, S. 81–100, hier S. 97.

14 Unter dem Begriff Industrie versteht dieser Beitrag nicht nur das verarbeitende Gewerbe, sondern auch die Bereiche Bergbau und Energieerzeugung, die für Brandenburg eine besondere Rolle spielen. Ausgehend vom wirtschaftswissenschaftlichen Drei-Sektoren-Modell nach Jean Fourastié wird gerade der Bergbau je nach statistischem Zugang auch als eigenständiger Bereich des produzierenden Gewerbes im sekundären Sektor (also der Rohstoffverarbeitung) gesehen oder gar dem Primärsektor (Rohstoffgewinnung) zugerechnet. Vgl. Jean Fourastié: Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln 1954; Henning Klodt: Drei-Sektoren-Hypothese, in: Gabler Wirtschaftslexikon, <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/drei-sektoren-hypothese-32453> (Zugriff am 13.6.2022).

15 So erwähnte Werner Abelshauser die Treuhandanstalt in seiner Darstellung zur deutschen Wirtschaftsgeschichte nur, um auf den enormen Schuldenberg zu verweisen, den sie durch ihre Tätigkeit hinterließ. Vgl. ders.: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, München 2011, S. 448. Nur knapp und ebenfalls mit Verweis auf die entstandenen Kosten gehen außerdem Ralf Ahrens und André Steiner auf die Rolle der Treuhand in ihrem Aufsatz zur geteilten und gemeinsamen deutsch-deutschen Wirtschaftsgeschichte vor und nach der Wiedervereinigung ein. Vgl. Ralf Ahrens/André Steiner: Wirtschaftskrisen, Strukturwandel und internationale Verflechtung, in: Frank Bösch (Hg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Bonn 2015, S. 79–115, hier S. 109f. Versuche, die

Beitrag setzt sich daher das Ziel, die Phase der Privatisierung der volkseigenen Wirtschaft in die Entwicklungen industrieller Anpassungs- und Veränderungsprozesse einzuordnen, die über den eigentlichen Zeitraum der Treuhandtätigkeit bzw. ihrer Nachfolgeorganisation Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) zwischen 1990 und 2003 hinausgehen. Im Kern umfasst der Untersuchungszeitraum eine Spanne von etwa 50 Jahren (1970–2020). Anhand des Bundeslandes Brandenburg soll aufgezeigt werden, welche Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Folgen die Arbeit der Treuhandanstalt/BvS in regionaler Perspektive hatte. Das Bundesland Brandenburg bietet sich für eine derartige Untersuchung aus mehreren Gründen an: *erstens politisch*, weil es in den 1990er-Jahren wiederholt als die »kleine DDR« bezeichnet wurde.¹⁶ Zwar war damit vor allem der Umgang mit dem Erbe der DDR durch die Landesregierung unter Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) gemeint. Mit der deutschlandweit ersten Ampelkoalition stellte Brandenburg mit Manfred Stolpe bis 1994 allerdings auch den einzigen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in einer ansonsten von der CDU dominierten Parteienlandschaft Ostdeutschlands. *Zweitens* war es *ökonomisch* gerade die Politik der SED, die das wirtschaftliche Gefüge Brandenburgs stärker als andere ostdeutsche Regionen durch sozialistische Großprojekte überformte und damit die Ausgangsbedingungen für die sozioökonomische Transformation maßgeblich beeinflusste. Als Folge der Strukturpolitik der DDR bildete Brandenburg schließlich so etwas wie einen Mittelwert zwischen dem agrarisch geprägten Norden und den traditionellen industriellen Schwerpunktregionen im Süden Ostdeutschlands. *Drittens* geo-

Treuhand landesspezifisch zu verorten, sind bisher entweder aus skandalisierender journalistischer oder aus autobiografischer Perspektive am Beispiel des Bundeslandes Thüringen zeitlich eingegrenzt unternommen worden. Vgl. Dietmar Groszer/Hanno Müller/Paul-Josef Raue (Hg.): Treuhand in Thüringen: Wie Thüringen nach der Wende ausverkauft wurde, Essen 2013; Frank Schuster: Thüringens Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Privatisierung, Sanierung, Aufbau. Eine Bilanz nach 25 Jahren, Köln u. a. 2015.

16 Das kleine, rote Preußen, in: Der Spiegel vom 29.4.1994; Der eigene Weg der kleinen DDR, in: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 22.7.2015.

grafisch und kulturell, da das Land im besonderen Maße von den Wechselbeziehungen mit dem es umschließenden Zentrum Berlin geprägt war, was zu einem starken Gegensatz zwischen der Metropolregion sowie dem mit wachsender Entfernung zunehmend ländlichen Raum führte. Seinen Höhepunkt erfuhr dieser Gegensatz im Scheitern der geplanten Länderfusion 1996, als sich eine Mehrheit der Brandenburger gegen das von der Politik geplante Zusammengehen von Berlin und Brandenburg aussprach.

1. Sozialistische Industrialisierung: Entwicklung der Brandenburger Industrie bis 1989

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts war die ökonomische und soziale Entwicklung Brandenburgs eng mit Berlin verbunden. Zahlreiche Großbetriebe waren seit der Hochphase der Industrialisierung durch Randwanderungen von Berliner Betrieben oder durch Neuansiedlungen zur Versorgung der Metropole entstanden. Hierzu zählten unter anderem die Stahlwerke in Brandenburg an der Havel und in Hennigsdorf, die Zementproduktion in Rüdersdorf, der Maschinenbau in Eberswalde, Wildau und Fürstenwalde sowie die Textil- und die Braunkohleindustrie in der Lausitz.¹⁷

Der enge Verflechtungsraum erlitt allerdings durch die deutsche Teilung und den Bau der Berliner Mauer eine empfindliche und nachhaltige Störung. Der Kalte Krieg führte zum Wegbrechen der Lieferbeziehungen von und nach West-Berlin und damit insbesondere für den seit 1952 bestehenden Bezirk Potsdam zum Ende der traditionellen Rollenverteilung von Zentrum und Peripherie. Aus Randlagen und Mittelzentren entstanden schließlich eigenständige Industriestädte mit Produktionszweigen, die nicht primär auf die Hauptstadt der DDR ausgerichtet waren,

¹⁷ Vgl. Eberhard Schmieder: *Wirtschaft und Bevölkerung*, in: Hans Herzfeld/Gerd Heinrich (Hg.): *Berlin und die Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 1968, S. 309–422.

sondern weit darüber hinaus für die gesamte DDR und zum Teil auch für den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) grundlegende Funktionen erfüllen mussten.¹⁸ Nach einer kriegs- und demontagebedingten Phase der Rekonstruktion bestehender Industrieanlagen bis Anfang der 1950er-Jahre entstanden in den Brandenburger Bezirken jene Industrien und Branchen neu, die der DDR als Folge der Teilung fehlten. Diese Autarkiebestrebungen betrafen unter anderem die Energieindustrie, die Metallurgie, die Petrochemie und die Mikroelektronik. Ab 1950 erfolgte der Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost bei Fürstenberg (Oder) zusammen mit der dazugehörigen Wohnsiedlung Stalinstadt bzw., ab 1961, Eisenhüttenstadt. Die Stadt Schwedt in der Uckermark erfuhr mit der Errichtung des Petrolchemischen Kombinats und eines Papierwerks einen rasanten Bevölkerungszuwachs. Die Einwohnerzahl stieg innerhalb von 15 Jahren von 6000 (1956) auf 38 000 (1971) an. Guben an der Neiße erhielt – ebenfalls im Rahmen des Chemieprogramms der SED – ein neues Chemiefaserwerk. 1959 begann der Bau eines Halbleiterwerks für Mikroelektronik in Frankfurt (Oder). In der Lausitz führten der forcierte Braunkohleabbau und deren Verarbeitung zum Aufbau des Energiekombinats Schwarze Pumpe sowie zur Erschließung neuer Tagebaue. Ende der 1960er-Jahre war die strukturelle Neuausrichtung der Industrie durch Neubauprojekte weitgehend abgeschlossen. Mit der Realisierung der Tier- und Fleischgroßproduktion in Eberswalde endete Mitte der 1970er-Jahre die Phase der industriellen Neuansiedlungen in den Brandenburger Bezirken.¹⁹

18 Vgl. Detlef Kotsch: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung. Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952–1990), Berlin 2001, S. 297–329.

19 Vgl. Jörg Roesler: Strukturpolitik und Wirtschaftsplanung in der Industrie der DDR, in: Stefan Grüner/Sabine Mecking (Hg.): Wirtschaftsräume und Lebenschancen. Wahrnehmung und Steuerung von sozialökonomischem Wandel in Deutschland 1945–2000, Berlin 2017, S. 59–76, hier S. 73. Eine investive Ausnahme bildete der Bau des Kraftwerks Jänschwalde bei Cottbus im Zuge der verstärkten Nutzung der heimischen Braunkohle in den 1980er-Jahren. Vgl. auch Gerhard Kehler: Industriestandort Ostdeutschland. Eine raumstrukturelle Analyse der Industrie in der DDR und in den neuen Bundesländern, Berlin 2000, S. 68.

Bis dahin hatte sich zwischen 1955 und 1975 der Anteil der brandenburgischen Bezirke an der gesamten Industrieproduktion der DDR von 9,9 Prozent auf 16,1 Prozent erhöht. Die Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) hatten damit die traditionell stärker industrialisierten thüringischen Bezirke (1975: 15,2 Prozent) überholt.²⁰ Zwar setzte die neue räumliche SED-Strukturpolitik einen stärkeren Fokus auf die Intensivierung der Produktion und damit schwerpunktmäßig auf Rationalisierungs- sowie Modernisierungsmaßnahmen, doch konnte dieser Ansatz in der Praxis nicht umgesetzt werden. An den traditionellen und neu entstandenen Industriestandorten Brandenburgs setzte sich die Phase der Extensivierung, also der Zunahme der Beschäftigtenzahlen, fort. Dies war auch durch eine Reihe von Investitionen an den bestehenden Standorten bedingt. In den großen Stahlwerken wurden Kapazitäten erweitert und die Anlagen teilweise modernisiert. In Brandenburg an der Havel und Hennigsdorf erfolgte Mitte der 1970er-Jahre der Aufbau moderner Elektrostahlwerke; in Eisenhüttenstadt wurden ein Kaltwalzwerk und ein Konverterstahlwerk errichtet.²¹ Noch im Februar 1988 wurde im Premnitzer Chemiefaserwerk eine etwa eine Milliarde Mark teure, weitgehend automatisierte Anlage eingeweiht. Die Beschäftigtenzahlen in Brandenburg an der Havel und Hennigsdorf wuchsen bis Mitte der 1980er-Jahre jeweils kontinuierlich auf mehr als 8500 an, in Eisenhüttenstadt auf 12 000.²² Im Halbleiterwerk Frankfurt (Oder) verdoppelte sich die Belegschaftszahl zwischen 1970 und 1985 von etwa 4000 auf über 8000.²³ Auch im zum Energie- und Brennstoffzentrum erklärten Bezirk Cottbus stieg die Zahl der im Bergbau und der Braunkohleverarbeitung Beschäftigten immer weiter an.

Vor diesem Hintergrund kam es in Brandenburg nicht – wie zeitgleich in der Bundesrepublik oder auch in den übrigen Teilen der DDR – zur Tertiärisierung der Wirtschaft, also zu einem Strukturwandel bei den

20 Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1956, S. 150, und Statistisches Jahrbuch der DDR 1977, S. 71.

21 Vgl. Helmut Wienert: Die Stahlindustrie in der DDR, Berlin 1992, S. 44 u. 73.

22 Vgl. ebd., S. 43.

23 Vgl. Jörg Berkner: Halbleiter aus Frankfurt. Die Geschichte des Halbleiterwerks Frankfurt (Oder) und der DDR-Halbleiterindustrie, Dessau 2005, S. 121.

Beschäftigtenzahlen hin zum Dienstleistungssektor.²⁴ Vielmehr stiegen sowohl die absolute Zahl der Industriebeschäftigten in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam als auch ihr relativer Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl immer weiter an.²⁵ Nimmt man wie bisher üblich die offizielle Statistik der DDR als Grundlage, dann waren in den drei Brandenburger Bezirken Ende der 1980er-Jahre 36,3 Prozent der Arbeitnehmer in der Industrie tätig, während der Anteil der Industriebeschäftigten 1956 noch bei 23 Prozent gelegen hatte.²⁶ In der Lausitz erreichten Kreise wie Senftenberg oder Spremberg sogar einen Anteil von 64 bzw. 75 Prozent.

Durch das Wachstum der Industriebeschäftigtenzahlen und die Entstehung einiger neuer Großbetriebe insbesondere entlang der für den RGW-Raum strategisch und ökonomisch wichtigen Oder-Neiße-Grenze gelang es damit zwar auf nationaler Ebene, räumliche Disparitäten im Süd-Nord-Gefälle zu mindern. Errichtet wurden aber zumeist Großbetriebe in Insellage, die den monostrukturellen Charakter der jeweiligen Standorte prägten.²⁷ Die Monostrukturierung einzelner Regionen nahm bisweilen gravierende Ausmaße an (siehe Tabelle 1). Zugleich bildeten sich mit der Konzentration der Industriestandorte und der Förderung einzelner Wachstumsbranchen in den 1980er-Jahren stärkere Strukturgegensätze zwischen den Regionen der Wachstumsindustrien einerseits und dem ländlichem Raum Brandenburgs andererseits heraus.²⁸ Besonders deutlich wurde dies im Bezirk Potsdam, wo die Ballungszentren in Randlage zu Berlin deutlich stärkere Wachstumsimpulse erhielten als periphere Regionen wie die Prignitz im Norden und der Fläming im Süden des Bezirks.²⁹

24 Vgl. Ahrens/Steiner: Wirtschaftskrisen, Strukturwandel und internationale Verflechtung (wie Anm. 15), S. 92 f.

25 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, S. 69, 75 u. 89.

26 Vgl. Institut für angewandte Industrieforschung: Strukturanalyse der Wirtschaft des Landes Brandenburg, Berlin 1991, S. 37; Statistisches Jahrbuch der DDR 1957, S. 190 f.

27 Vgl. Kehr: Industriestandort Ostdeutschland (wie Anm. 19), S. 59.

28 Vgl. ebd., S. 84.

29 Vgl. Kotsch: Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung (wie Anm. 18), S. 309.

Tabelle 1: Anteil der Branchen an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten in monostrukturierten Kreisen³⁰

Kreis	Industriezweig			
	Energie- und Brennstoffindustrie	Chemie	Maschinen- und Fahrzeugbau	Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau
Calau	76,2 %	–	8,6 %	0,2 %
Cottbus/Land	74,0 %	–	5,6 %	1,5 %
Guben	–	66,3 %	7,9 %	0,9 %
Königs Wusterhausen	1,4 %	1,2 %	70,0 %	1,7 %
Potsdam/Land	1,4 %	1,5 %	9,8 %	70,1 %
Spremberg	77,0 %	3,3 %	5,1 %	0,9 %
Zossen	0,2 %	–	77,0 %	10,7 %

76 von insgesamt 411 Industriebetrieben waren Großbetriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten. In 17 Betrieben arbeiteten 1989 zudem über 5000 Beschäftigte.³¹ Durchschnittlich waren in einer Arbeitsstätte in Brandenburg 110 Beschäftigte tätig, DDR-weit waren es 97.³² Der sozialistische Großbetrieb prägte damit sowohl das wirtschaftliche als auch das soziale Gefüge Brandenburgs und seiner Städte in den 1980er-Jahren.

Zu beachten ist dabei jedoch, dass von den circa 430 000 Industriebeschäftigten Brandenburgs nur knapp 275 000 Beschäftigte zum unmittelbaren Produktionspersonal zählten.³³ Über ein Drittel der Beschäftigten war in Bereichen tätig, die nicht unmittelbar der Güter- und Warenproduktion dienten. Hierzu zählten Mitarbeiter der Verwaltung; von Einrichtungen der Betriebswohlfahrt (Kulturhäuser und Ferienheime); des Handwerks (Tischler, Maler, Schlosser); der Partei- und Sicherheitsapparate

30 Tabelle nach ebd., S. 22.

31 Vgl. Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (Hg.): Strukturanalyse des Landes Brandenburg, Berlin 1991, S. 69.

32 Vgl. ebd., S. 70.

33 Vgl. Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (Hg.): Landesreport Brandenburg, Berlin 1992, S. 57.

oder auch Personen, die in betrieblichen Einrichtungen tätig waren. Mit seinem breit gefächerten Angebot an betrieblichen Sozialleistungen hatte der sozialistische Großbetrieb diese Einrichtungen als Teil seiner Daseinsvorsorge inkorporiert.³⁴ In der offiziellen Statistik der DDR wurden diese Betriebsteile der industriellen Produktion zugerechnet, da es keine Notwendigkeit gab, sie gesondert zu betrachten. Eine sich auf betriebliche Beschäftigtenzahlen gründende Statistik zum Arbeitsplatzabbau und zur Deindustrialisierung der ostdeutschen Industrie nach 1989 muss diese Faktoren aber mitberücksichtigen.

1989 bildeten die drei Bezirke keinen zusammenhängenden, durch interne Verflechtungen verbundenen Wirtschaftsraum, sondern vielmehr ein Nebeneinander mehrerer Industriegebiete mit Versorgungsfunktionen für die gesamte DDR.³⁵ Negativ auf die regionale Verflechtung wirkte sich dabei die Bildung der Kombinatistrukturen aus. Die regionenübergreifende kombinatiinterne Koordinierung der Produktion führte zu einer Zerstörung der Netzwerke regionaler Wirtschaftsbeziehungen.³⁶ In periphere Regionen ausgelagerte Kombinatsteile führten zur Entwicklung von monostrukturellen Gebieten kleineren Maßstabs in ländlichen Räumen. Dadurch wurden industrielle Monostrukturen, wie sie schon vor dem Zweiten Weltkrieg existierten, noch verfestigt und ausgeweitet.³⁷ Das führte zur Bildung von »single-factory towns«, also dem Entstehen von Städten, deren Bewohner zu einem Großteil im nahe gelegenen Großbetrieb bzw. dessen Infrastruktur tätig waren (zum Beispiel in Eisenhütten-

34 Vgl. Hans Günter Hockerts: Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 519–544; Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hg.): »Der Schein der Stabilität« – DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001; Annette Schuhmann: Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb. Gewerkschaftliche Erziehungspraxis in der SBZ/DDR 1946–1970, Köln/Weimar/Wien 2006.

35 Vgl. Ilja Mieck: Kleine Wirtschaftsgeschichte der neuen Bundesländer, Stuttgart 2009, S. 177.

36 Vgl. Axel Klaphake: Europäische und nationale Regionalpolitik für Ostdeutschland. Neuere regionalökonomische Theorien und praktische Erfahrungen, Wiesbaden 2000, S. 17.

37 Vgl. ebd., S. 327 f.

stadt, Premnitz und Schwedt).³⁸ Diese wirtschaftsstrukturelle Entwicklung war durch die ökonomischen Notwendigkeiten eines abgetrennten Wirtschaftsraums sowie politische Grundsatzentscheidungen geprägt. Im Ergebnis entsprach die DDR 1988 in ihrer Beschäftigungsstruktur der Bundesrepublik von 1965. Industrielle Produktionssektoren der Grundstoff- und Schwerindustrie hatten ein großes Gewicht, insbesondere in Brandenburg.³⁹

Entgegen dem Trend in den westlichen Industriegesellschaften konnte die DDR auch deshalb so stark auf den industriellen Sektor setzen, weil sie für die Bundesrepublik aufgrund ihres internen Verrechnungskurses wie ein Niedriglohnland auftrat, aus dem Industriewaren importiert werden konnten. Bekannte Beispiele hierfür waren die Produktion von Schuhen für Salamander und Möbeln für IKEA. In Brandenburg wurden unter anderem Erzeugnisse vom Textilkombinat Cottbus für die Wattenscheider Firma Steilmann und Brillen von den Rathenower Optischen Werken für die Fielmann AG hergestellt. Zugleich konnte die einheimische Industrie vom internationalen Wettbewerb abgeschottet werden und auf gesicherte Exportquoten in den RGW-Raum vertrauen.

38 Vgl. ebd., S. 17.

39 Vgl. Bernd Martens: Der entindustrialisierte Osten, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 28.5.2020, <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/310288/der-entindustrialisierte-osten> (Zugriff am 13.6.2022).

2. Umbruch, Abbruch, Aufbruch: Treuhandanstalt und sozioökonomische Transformation in Brandenburg⁴⁰

Die Wiedervereinigungsdebatten in der ersten Hälfte des Jahres 1990 berührten auch schnell die Problematik einer Neuausrichtung der ostdeutschen Wirtschaft. In den Bonner Ministerien machte man sich Gedanken, wie der Übergang von der Plan- in die Marktwirtschaft gelingen könnte.⁴¹ Im April 1990 kursierte innerhalb des Bundesfinanz- und des Bundeswirtschaftsministeriums ein Papier, das sich mit der strukturellen Umstellung der DDR-Wirtschaft beschäftigte. Die Autoren kamen darin zu dem Schluss, dass Anpassungsmaßnahmen erforderlich seien, um die Überlebenschancen der Betriebe zu verbessern und die »unvermeidliche Umstellungsarbeitslosigkeit« zu begrenzen. Zugleich betonten sie aber explizit: »Erhaltungssubventionen können nicht in Frage kommen«.⁴² Diese Auffassung deckte sich in wesentlichen Teilen mit den Standpunkten, die der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen eines Sondergutachtens im Januar 1990 vorgelegt hatte. Dabei hatten die sogenannten Wirtschaftsweisen eine sich im Wettbewerb selbst regulierende Marktordnung als idealen Endzustand des postsozialistischen Transformationsprozesses skizziert.⁴³ Die Selbststeuerung der Märkte sollte ein schnelles Ende der bestehenden Engpässe herbeiführen und das Marktprinzip so nach kurzer Anpas-

40 Umfangreiche Darstellungen zur Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt im Land Brandenburg finden sich bei Wolf-Rüdiger Knoll: Die Treuhandanstalt in Brandenburg. Regionale Privatisierungspraxis 1990–2000, Berlin 2022.

41 Vgl. Andreas Malycha: Im Schlepptau der Bonner Behörden? Die Treuhand und die Einflussnahme der Bundesregierung im Frühjahr/Sommer 1990, in: Deutschland Archiv vom 20.4.1990, <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschland-archiv/307832/im-schlepptau-der-bonner-behoerden> (Zugriff am 13.6.2022).

42 Programm zur Flankierung der strukturellen Umstellung der DDR-Wirtschaft vom 17.4.1990, Bundesarchiv (BArch) Koblenz, B 136/37861, unfol.

43 Vgl. Marcus Böick: »Das ist nunmal der freie Markt«. Konzeptionen des Marktes beim Wirtschaftsombau in Ostdeutschland nach 1989, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 12 (2015) 3, S. 448–473.

sungszeit dieselben Erfolge in Ostdeutschland zeitigen, wie sie in der Bundesrepublik erreicht worden waren.⁴⁴ Allerdings betonte der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Hans Schneider, gegenüber Helmut Kohl in einem Schreiben vom 9. Februar 1990, dass eine Währungsunion nicht am Beginn des wirtschaftlichen Umbauprozesses stehen dürfe, sondern bestenfalls dessen Resultat sein könne, da sonst völlig unabsehbare Folgen drohten.⁴⁵ Die Entscheidungsträger in Bonn gingen über diese Mahnung hinweg.⁴⁶ Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 führte zu einem massiven Einbruch der DDR-Industrieproduktion um mehr als die Hälfte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Betriebe, die sich nun in Treuhandbesitz befanden, gerieten in akute Zahlungsschwierigkeiten und begannen massenhaft Beschäftigte in Kurzarbeit zu schicken. So verzeichnete die DDR Ende Juli 1990 bereits 242 000 Arbeitslose und 656 000 Kurzarbeiter, für weitere 847 000 Beschäftigte war außerdem Kurzarbeit angemeldet.⁴⁷ In Brandenburg befanden sich im September 1990 312 000 Menschen und damit 22 Prozent aller Beschäftigten in Kurzarbeit – die allermeisten davon in der sogenannten Kurzarbeit Null, das heißt, sie mussten zu Hause bleiben und hatten kaum noch Hoffnung auf eine Weiterbeschäftigung.⁴⁸

44 Vgl. ebd., S. 453.

45 Vgl. Schreiben des Vorsitzenden des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Schneider, an Bundeskanzler Kohl, Wiesbaden vom 9. Februar 1990, in: Bundesministerium des Innern (Hg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 779–781.

46 Vgl. Karl Brenke: Die deutsch-deutsche Währungsunion. Ein kritischer Rückblick, in: DIW Wochenbericht (2015) 27, S. 629–637; Stephen F. Frowen/Jens Hölscher (Hg.): The German Monetary Union of 1990. A Critical Assessment, London 1997; Joachim Algermissen: Hans Tietmeyer. Ein Leben für ein stabiles Deutschland und ein dynamisches Europa, Tübingen 2019, S. 294–331.

47 Vgl. Matthias Judt: Das Startkapital, in: Olaf Jacobs (Hg): Die Treuhand. Ein deutsches Drama, Halle (Saale) 2020, S. 11–33, hier S. 22.

48 Vgl. Deutscher Industrie- und Handelstag (Hg.): Die neuen Länder: Produktionsstandort Brandenburg, Bonn 1990, S. 29.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden, gewaltigen ökonomischen und sozialpolitischen Probleme erschienen die Bonner Planungen zur Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft hoffnungslos unterdimensioniert. Ende Juli 1990 legte das Bundeswirtschaftsministerium ein Konzept für die Regionalpolitik in Ostdeutschland vor, das für das Jahr 1991 einen Betrag von gerade einer Milliarde DM für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur aus dem Fonds »Deutsche Einheit« vorsah.⁴⁹ Das Instrumentarium für den Umbau der ostdeutschen Wirtschaft sollte zunächst aus bewährten Strukturprogrammen der Bundesrepublik bestehen.⁵⁰ Dabei setzten die Beamten vor allem auf die Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« (GRW) als zentrales Instrument, das ergänzt werden sollte durch die Förderprogramme der Europäischen Gemeinschaft »Europäischer Fonds für regionale Entwicklung« (EFRE) und »Europäischer Sozialfonds« (ESF). So hofften die Ministerialbeamten, den Einbruch des verarbeitenden Gewerbes möglichst rasch durch neue Investitionen aufzufangen. Sehr bald sollten sich allerdings diese Hoffnungen als unrealistisch erweisen. Massenentlassungen und sich daran anschließende Massenproteste in Ostdeutschland veranlassten die Bundesregierung Anfang 1991 aufgrund des wachsenden öffentlichen Drucks und der internen Warnungen dazu, das »Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost« zu beschließen. Dieses Programm sollte der ostdeutschen Wirtschaft wieder auf die Beine helfen.

Als maßgebliche Akteurin für die Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland erwies sich spätestens ab Herbst 1990 die Treuhandanstalt (THA). Die für nahezu alle ostdeutschen Industriebetriebe zuständige Behörde hatte ab Juli 1990 eine strukturelle und personelle Neuausrichtung erlebt. Sie verkörperte damit gewissermaßen selbst das Dilemma der Gleichzeitigkeit von Verwaltungsauf- und Wirtschafts-

49 Vgl. Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), Konzept für die Regionalpolitik in einem vereinigten Deutschland unter Berücksichtigung des Abbaus teilungsbedingter Kosten vom 25.7.1990, S. 1, BArch Koblenz, B 136/37861, unfol.

50 Vgl. ebd., S. 5.

umbau.⁵¹ Seit dem Sommer wurde sie nicht nur mit den gewaltigen Liquiditätsproblemen ihrer Betriebe konfrontiert, sondern sie begann auch ihr eigentliches Privatisierungsgeschäft. Für Brandenburg waren dabei zunächst die Geschäftsbesorgungsverträge mit westdeutschen Unternehmen für das Petrolchemische Kombinat in Schwedt, insbesondere aber für die ostdeutsche Braunkohle im August 1990 bedeutsam. Westdeutsche Unternehmen kamen auch bei den ersten großen Unternehmensverkäufen der Treuhand zum Zuge. Im Oktober 1990 übernahm die BASF das Synthesewerk in Schwarzheide, Krupp kaufte das Kaltwalzwerk in Oranienburg und Mercedes-Benz übernahm die Lkw-Produktion in Ludwigfelde, um dort eigene Fahrzeuge zu fertigen. Diese Verkäufe erfolgten zu einem Zeitpunkt, als das Land Brandenburg gerade erst konstituiert war und eine Landesregierung noch nicht bestand.

Rasch voranschreitende Deindustrialisierung

Da die Treuhand als Eigentümerin für die Verluste der ostdeutschen Betriebe einstehen musste, drängte sie rasch auf eine Reduzierung der Ausgaben. In den Betrieben wurde das größte Potenzial für Kosteneinsparungen im Personalabbau gesehen. Diesen exekutierten nicht westdeutsche Manager, sondern die ehemaligen Kombinatdirektoren oder Betriebsleiter, die nun die Geschäftsführer oder Vorstandsvorsitzenden der GmbHs oder AGs waren. Während auf diesen Posten bei den strukturbestimmenden Industriebetrieben in Brandenburg zunächst eine bemerkenswerte Kontinuität herrschte, mussten auch die zumeist neu gewählten Betriebsratsvorsitzenden die Entlassungen mittragen.⁵² Es waren also

51 Vgl. Claus Offe: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur 45 (1991) 4, S. 279–292.

52 Vgl. Ulrich Brinkmann: »Zwischen Baum und Borke«. Rollenkonflikte betrieblicher Akteure in der ostdeutschen Transformation, in: Extraordinary Times, IWM Junior Visiting Fellows Conferences (2001) 11, S. 1–35; Rainhart Lang/Thomas Steger: Vom »Vorreiter« der Wende über das »Co-Management« zum »Erfüllungsgehilfen«? –

vor allem Ostdeutsche, die den Großteil ihrer Landsleute entlassen mussten, um den ökonomischen Druck, der aus zu geringen Umsätzen bei zu hohen Ausgaben resultierte, zu mildern.

Die neue Landesregierung unter der Führung von Ministerpräsident Manfred Stolpe und Arbeitsministerin Regine Hildebrandt (beide SPD) legte den Fokus von Beginn an auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik.⁵³ Unter Hildebrandts Regie startete die Landesregierung bereits im Februar 1991 ein »Sofortprogramm Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg« und 1992 ein Strukturförderprogramm »Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren«. Hildebrandts Engagement und ihr volksnahes Auftreten brachten ihr in der Presse verschiedene Zuschreibungen ein. Wahlweise wurde sie als »Mutter Courage des Ostens« oder auch als das »soziale Gewissen der Republik« bezeichnet.⁵⁴ Verhindern konnte aber auch sie den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen nicht. Während in den drei Brandenburger Bezirken 1989 noch 1,37 Millionen Erwerbstätige gezählt wurden, verringerte sich diese Zahl bis Ende 1994 auf knapp 1,1 Millionen. Zwar schnitt Brandenburg im Hinblick auf die Arbeitslosenquote im ostdeutschen Vergleich leicht besser ab, dennoch war in den Jahren 1991 und 1992 mehr als jeder Dritte Brandenburger unterbeschäftigt, war also arbeitslos, in Kurzarbeit, Vorruhestand, Fortbildung oder Umschulung.⁵⁵ Für die krisenhafte Entwicklung des Arbeitsmarkts hatte Regine Hildebrandt bereits als Ministerin der Regierung de Maizière im August 1990 nicht nur das Wirtschaftsministerium der DDR, sondern auch die Treu-

Das Selbstverständnis von ostdeutschen Betriebsräten im Wandel, in: Thomas Breisig (Hg.): Mitbestimmung. Gesellschaftlicher Auftrag und ökonomische Ressource. Festschrift für Hartmut Wächter, München 1999, S. 85–117.

53 Vor der Wiedervereinigung war die studierte Biologin Regine Hildebrandt Ministerin für Arbeit und Soziales im Kabinett von Lothar de Maizière. Von 1990 bis 1999 leitete Hildebrandt das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg.

54 Engagiertes Meckern aus Optimismus, in: Neue Zeit vom 24.7.1992; Hans-Dieter Schütt: Regine Hildebrandt: »Bloß nicht aufgeben!« Fragen an eine deutsche Sozialministerin, Berlin 1992, S. 177.

55 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsmarkt 1991/1992/1993/1994.

handanstalt verantwortlich gemacht, deren Tätigkeit sie als »Hauptursache der gegenwärtigen Misere« bezeichnete.⁵⁶

Besonders massiv unter dem Personalabbau litten die nicht produktiven Bereiche der Betriebe. Neben den medizinischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie den Gewerken waren davon vor allem die Forschungs- und Entwicklungsbereiche (FuE) betroffen. Bereits im Juni 1990 hatte der damalige Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, Bundeskanzler Helmut Kohl vor der schwierigen Situation der Forschungslandschaft in der DDR gewarnt. An Treuhandpräsident Rohwedder appellierte Riesenhuber daher, dass die THA bei ihren Unternehmen besonderen Wert auf zukunftsgerichtete und wettbewerbsfähige Produkte legen solle. Riesenhuber forderte, ein »Mindestmaß an erhaltenswerten FuE-Kapazitäten« zu bewahren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auch im internationalen Verbund zu sichern.⁵⁷ Die Mahnrufe des Forschungsministers verhallten allerdings angesichts der gewaltigen Rentabilitätsprobleme der meisten Betriebe ungehört. Der Rückgang der in Forschung und Entwicklung tätigen Beschäftigten in der ostdeutschen Industrie betrug zwischen 1989 und 1991 bereits 64 Prozent. Ende 1994 war von der Industrieforschung kaum noch etwas übrig geblieben.⁵⁸ Noch bevor zumeist westdeutsche Unternehmen die ostdeutschen Betriebe übernahmen, hatten diese sich also selbst eines Großteils ihres Innovationspotenzials entledigt. Diesem Prozess sah die Treuhand mehr oder weniger tatenlos zu.

Von dieser Entwicklung war Brandenburg umso mehr betroffen, als die wirtschaftsnahe Forschung im Land schon vor 1989 unterentwickelt war. Mit Ausnahme des Forschungszentrums für Geräte-, Mess- und Steuerungstechnik um Stahnsdorf und Teltow im Südwesten Berlins sowie der Mikroelektronik am Standort Frankfurt (Oder) verfügte das

56 Jede Woche verlieren 25 000 ihre Arbeit, in: Neues Deutschland vom 21.8.1990.

57 Schreiben des Bundesministers für Forschung und Technologie Heinz Riesenhuber an Bundeskanzler Helmut Kohl vom 28.6.1990; Schreiben von Heinz Riesenhuber an Detlev Rohwedder vom 23.8.1990, BArch Koblenz, B 136/26498, Bl. 174 u. Bl. 184 f.

58 Vgl. Franz Pleschak/Michael Fritsch/Frank Stummer: Industrieforschung in den neuen Bundesländern, Berlin/Heidelberg 2000, S. 6.

Land aufgrund seiner Fokussierung auf die Grundstoffindustrie kaum über nennenswerte Entwicklungspotenziale, was auch an der unterentwickelten Hochschullandschaft in den Brandenburger Bezirken lag. Gerade 10,3 Prozent der Industrieforscher der DDR arbeiteten 1987 in Brandenburg (der Anteil an der Gesamtbeschäftigung lag bei etwa 16 Prozent). Bevölkerungsmäßig kleinere Länder wie Thüringen (15,8 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsbeschäftigten der DDR) und Sachsen-Anhalt (15,7 Prozent) konnten hier aus einem größeren Potenzial schöpfen. Der rapide Abbau der Forschungskapazitäten in Stahnsdorf und Teltow sowie im Halbleiterwerk Frankfurt (Oder) versetzte der Industrieforschung in Brandenburg nach 1989 einen Schlag, von dem sie sich dauerhaft nicht mehr erholen konnte. Trotz der Gründung neuer Universitäten in Frankfurt (Oder) und Cottbus verfestigte sich das Gefälle in der Wirtschaftsforschung zu den südlichen Nachbarbundesländern. Im Jahr 2007 wies Brandenburg je 1000 Erwerbstätige nur 10,5 Forschungs- und Entwicklungsbeschäftigte auf. Dieser Wert lag nicht nur deutlich unter dem der westdeutschen Bundesländer (39,2), sondern auch unter dem der ostdeutschen Länder (21,8).⁵⁹

Der Personalabbau machte aber nicht bei den Forschungsabteilungen halt. Zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit kam es, als am 31. Juni 1991 in der Metallbranche der tariflich garantierte Kündigungsschutz für Arbeitnehmer auslief und zum Jahreswechsel 1991/92 die bisher bestehende Kurzarbeiterregelung endete. Die Betriebe nahmen die veränderten Rahmenbedingungen zum Anlass, sich von einem Großteil ihrer Belegschaften zu trennen. Diese Massenentlassungen wurden im Jargon der THA-Mitarbeiter als »Großfluchtage« bezeichnet.⁶⁰ In Brandenburg stieg die Erwerbslosenquote bis 1993 stetig an und erreichte im Jahresdurchschnitt 1993 und 1994 jeweils 15,3 Prozent.⁶¹ Mit einem Anteil von

59 Vgl. Gerhard Heimpold: Zwischen Deindustrialisierung und Reindustrialisierung. Die ostdeutsche Industrie – ein Stabilitätsfaktor regionaler Wirtschaftsentwicklung?, in: Informationen zur Raumentwicklung (2010) 10/11, S. 727–743, hier S. 731.

60 Vgl. Wer hält das Versprechen?, in: Die Zeit vom 21.6.1991.

61 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hg.): Arbeitsmarkt 1994, S. 155.

etwa zwei Dritteln waren Frauen dabei überdurchschnittlich stark von Erwerbslosigkeit betroffen. Ursächlich für die hohe Frauenarbeitslosigkeit war zum einen der Umstand, dass Branchen mit einem hohen weiblichen Beschäftigtenanteil, wie zum Beispiel die Textilindustrie, von besonders starken Schrumpfungsprozessen betroffen waren. Die Übernahme des westdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells führte zum anderen zu einer Rückkehr des männlich dominierten Ernährermodells und verstärkten Ungleichheitsverhältnissen zwischen den Geschlechtern.⁶² Der Strukturwandel traf Frauen in Brandenburg, wie in Ostdeutschland insgesamt, noch wesentlich heftiger als Männer. Das führte sowohl zu einer geringeren Geburten- als auch zu einer überdurchschnittlich hohen Abwanderungsrate von jüngeren Frauen in Ostdeutschland.⁶³

Die im Frühjahr 1991 einsetzenden Proteste und Demonstrationen gegen Entlassungen und Betriebsschließungen, die in Brandenburg insbesondere nach der Verkündung der Abwicklung der Fluggesellschaft Interflug einen Höhepunkt erreichten, ebten zwar nach der Ermordung Detlev Karsten Rohwedders am 1. April etwas ab. Ein fortschreitender Abbau von Produktionskapazitäten und Arbeitsplätzen kennzeichnete aber das gesamte Jahr 1991. Im ersten Halbjahr 1991 sank die Industrieproduktion in Ostdeutschland auf ein Drittel im Vergleich zum Vorjahresmonat.⁶⁴ Allerdings gelang es bis zum Jahresende 1991, den Rückgang der industriellen Warenproduktion in Brandenburg zu stoppen und einen vor allem von der Bauwirtschaft getragenen Wachstumsprozess einzuleiten.

62 Vgl. Regina Kröplin/Wolfgang Schnecking: Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozess. Auswirkungen veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen auf das Geschlechterverhältnis, in: Hans Bertram/Wolfgang Kreher/Irene Müller-Hartmann (Hg.): Systemwechsel zwischen Projekt und Prozess, Opladen 1998, S. 283–317.

63 Vgl. Yasemin Niephaus: Der Geburteneinbruch in Ostdeutschland nach 1990. Staatliche Regulierung generativen Handelns, Wiesbaden 2003; Susanne Stedtfeld/Stephan Kühnto: Jung, weiblich, geht: Abwanderung und Geschlechterungleichgewichte in ostdeutschen Landkreisen, in: Bevölkerungsforschung Aktuell (2012) 5, S. 12–19.

64 Vgl. Willi Leibfritz: Wirtschaftsperspektive für die Bundesrepublik Deutschland 1991/92, in: ifo Wirtschaftskonjunktur 43 (1991) 7, S. A1–A17, <https://www.ifo.de/publikationen/1991/aufsatz-zeitschrift/wirtschaftsperspektive-fuer-die-bundesrepublik-deutschland> (Zugriff am 13.6.2022).

Neben Thüringen (7 Prozent) war Brandenburg (6,5 Prozent) das einzige ostdeutsche Bundesland, das bereits 1992 einen Zuwachs in der Industrieproduktion (gemessen an der Bruttowertschöpfung) vorweisen konnte.⁶⁵ Von 1992 bis zur Jahrtausendwende verzeichneten Thüringen (13,5 Prozent) und Brandenburg (12,9 Prozent) die größten Zuwachsraten in der ostdeutschen Industrieproduktion (mit Berlin zusammen 5,2 Prozent). Auf einen Deindustrialisierungsschock der Jahre 1990 und 1991 folgte damit eine andauernde Wachstumsphase auf allerdings vergleichsweise geringem Niveau mit im Schnitt weniger als zwei Prozent pro Jahr.

Als Wachstumsmotor für das Umland konnte Berlin dabei kaum dienen. In Ost-Berlin war es ebenfalls zu einem rasanten Personalabbau in allen ehemaligen Kombiatsstammbetrieben wie dem Kabelwerk Oberspree, den Elektro-Apparate-Werken oder bei NARVA gekommen. Und auch in West-Berlin hatte der Wegfall der Berlinförderung zu großen Arbeitsplatzverlusten geführt.⁶⁶ Erst im Jahr 2000 wurde in der Hauptstadt überhaupt wieder ein leichter Anstieg der Industrieproduktion verzeichnet. Allerdings profitierte Brandenburg wiederum von der Abwanderung der industriellen Produktion aus Berlin an deutlich günstigere Standorte im Umland.

Während die Warenproduktion in Brandenburg bereits 1991 ihren Tiefpunkt erreicht hatte, nahm die Beschäftigtenzahl in der Industrie auch in den Folgejahren weiter ab (siehe Tabelle 2). Zwar konnte der Arbeitsplatzschwund 1995 kurzfristig aufgehalten werden, ein weiterer Beschäftigtenrückgang vollzog sich allerdings mit wenigen Ausnahmen bis zum Jahr 2005. Zwischen 1991 und 2000 gingen so im Schnitt jährlich 6,6 Prozent der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren.⁶⁷

65 Vgl. Heimpold: Zwischen Deindustrialisierung und Reindustrialisierung (wie Anm. 59), S. 727–729.

66 Vgl. Martin Pätzold: Transformationsprozess der Berliner Wirtschaft. Entwicklungen in West- und Ost-Berlin nach der Wiedervereinigung, Chemnitz 2013; Die Schweineohren sind ab, in: taz vom 28.4.1995.

67 Vgl. Heimpold: Zwischen Deindustrialisierung und Reindustrialisierung (wie Anm. 59), S. 727–729.

Tabelle 2: Beschäftigtenentwicklung in der ostdeutschen Industrie⁶⁸

Bundesland	Industriebeschäftigte insgesamt				
	Januar 1991	Januar 1992	Januar 1993	Januar 1994	Dezember 1994
Berlin (Ost)	117 619	59 564	41 627	37 315	33 934
Brandenburg	300 774	184 860	127 784	107 149	103 985
Mecklenburg-Vorpommern	119 606	71 458	54 417	50 860	50 176
Sachsen	689 847	357 248	252 628	220 389	212 001
Sachsen-Anhalt	430 445	239 862	174 482	144 650	136 748
Thüringen	417 567	176 632	125 423	114 280	119 415
Ost-deutschland insgesamt	2 075 858	1 089 624	776 361	674 643	656 259

Ein Blick auf die Zahl der Industriebeschäftigten weist für alle ostdeutschen Bundesländer zwischen Januar 1991 und Dezember 1994 dramatische Rückgänge aus. Während Thüringen (160 Industriebeschäftigte je 1000 Einwohner) Sachsen-Anhalt (150), und Sachsen (145) zunächst weit vor Brandenburg (117) und Mecklenburg-Vorpommern (62) lagen, fiel der Rückgang der Industriebeschäftigten in den stärker industrialisierten Ländern bis Ende 1994 deutlicher aus als in Brandenburg, das eine Abnahme auf 35 Prozent des Ausgangswertes verzeichnete. Insgesamt kam es zu einer Angleichung der Industriedichte, wobei kein ostdeutsches Bundesland am Ende des Untersuchungszeitraums mehr als 50 Industriebeschäftigte je 1000 Einwohner zählte und Brandenburg am Ende nur knapp unter dem ostdeutschen Durchschnitt blieb. 1989 lag die Industrie-

68 Tabelle nach Astrid Ziegler: Regionale Transformation. Konzepte und Zwischenergebnisse einer dezentralen Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland, in: Dirk Nolte/Ralf Sitte/Alexandra Wagner (Hg.): Wirtschaftliche und soziale Einheit Deutschlands, Köln 1995, S. 88–114, hier S. 94f.

quote der DDR noch um 38 Prozent über der der Bundesrepublik, Anfang 1994 mehr als 60 Prozent unter dem westdeutschen Niveau.⁶⁹

Der massive Arbeitsplatzabbau trug allerdings überhaupt erst dazu bei, den Unternehmen eine Überlebensperspektive im Wettbewerb zu ermöglichen. Lagen die durchschnittlichen Arbeitskosten für die Erzeugung eines Produkts in Brandenburg im Vergleich zu den alten Bundesländern 1991 noch bei 224,1 Prozent, sank dieser Wert bis 2007 auf 89,8 Prozent. Hierzu trug nach einer Übergangsphase allerdings auch eine geringere tarifliche Bindung im Osten bei, die zu niedrigeren Löhnen und damit in volkswirtschaftlicher Logik zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit führte. In der Übertragung tariflicher Löhne durch die Anfang der 1990er Jahre in den Osten expandierenden westdeutschen Gewerkschaften sah Hans-Werner Sinn einen der Hauptgründe für die rapiden Deindustrialisierungsprozesse und die dauerhafte Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft.⁷⁰

Die Treuhand als Akteurin des Strukturwandels

Als Eigentümerin und Verkäuferin der Brandenburger Industriebetriebe zeichnete die Treuhandanstalt maßgeblich für deren Neuausrichtung verantwortlich. Das selbst auferlegte Mantra, dass Strukturpolitik Sache der neuen Länder und nicht der Treuhandanstalt sei, wurde schon durch die wesentlichen Verkaufskriterien ad absurdum geführt. Neben dem Kaufpreis, der bei den großen Privatisierungsfällen in Brandenburg aufgrund von Altschulden, ökologischen Schäden und Modernisierungszuschüssen

69 Vgl. Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970–2000, Köln 2005, S. 237; Lothar Abicht: Wirtschaftliche Entwicklung, Innovation und Qualifikation in den neuen Bundesländern. Probleme und Perspektiven, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Wirtschaftsstandort Neue Bundesländer. Bildungsstandort Neue Bundesländer: Brauchen wir eine neue Ausbildungskultur? Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27./28. April 1995 in Lutherstadt Wittenberg, Bonn 1995, S. 10–25, hier S. 13.

70 Vgl. Hans-Werner und Gerlinde Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der Deutschen Vereinigung, Tübingen 1993, hier S. 193–204.

für die Treuhand fast durchweg negativ ausfiel, waren vor allem die Investitions- und Arbeitsplatzzusagen der Bieter ausschlaggebend.⁷¹ Gerade bei öffentlichkeitswirksamen Verkäufen wie dem der Stahlwerke in Brandenburg an der Havel und Hennigsdorf entschied sich die Treuhand für den Bieter, der ihrer Meinung nach das glaubhaftere und langfristig größeren Erfolg versprechende Konzept vorlegen konnte. In diesem Fall erhielt 1991 ein ausländischer Investor auch gegen den Protest der Belegschaften den Zuschlag, die einen westdeutschen Käufer bevorzugt hatten.⁷²

Bis auf wenige Ausnahmen, insbesondere in der Stahlindustrie, verkaufte die Treuhandanstalt die großen Brandenburger Industriebetriebe an westdeutsche Unternehmen. So übernahm Leipa das Papierwerk in Schwedt und die Zahnradfabrik Friedrichshafen (ZF) das Getriebewerk in Brandenburg an der Havel. Ein Konsortium unter Führung von Rheinbraun übernahm 1994 die Lausitzer Braunkohle AG mit ihren Gruben und Kraftwerken. Bei den verkauften Betrieben handelte es sich im Wesentlichen nur noch um die rentablen Teile des 1989 jeweils existierenden Gesamtbetriebs. Andere Bereiche wurden zuvor geschlossen oder gingen in den Auslaufbetrieb. Das Mittel der Wahl waren dabei zumeist sogenannte Assetdeals, mit denen Anlagen und Gebäude aus dem Betrieb herausgekauft wurden und der Restbetrieb als sogenannter Mantel anschließend in die Abwicklung gegeben wurde.

Eine Reihe von Privatisierungen zog sich über einen sehr langen Zeitraum hin. In diesen Fällen endete die Tätigkeit der Treuhandanstalt keineswegs am 31. Dezember 1994, wie die Behörde medienwirksam erklärt hatte. Vielmehr übernahm ihre Nachfolgeeinrichtung, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, nicht nur die Aufgabe, Investitions- und Arbeitsplatzzusagen zu kontrollieren. Im Falle des Halbleiterwerks Frankfurt (Oder), des Chemiefaserwerks Premnitz

71 Hierzu auch Richard Schröder/Karl-Heinz Paqué: *Gespaltene Nation? Einspruch! 30 Jahre Deutsche Einheit*, Basel 2020, S. 47 f.

72 Vgl. Wolf-Rüdiger Knoll: *Zwischen Abbruch und Aufbruch – Die Treuhandanstalt und der Verkauf der Stahlwerke Hennigsdorf und Brandenburg im Kontext der europäischen Stahlkrise*, in: Dierk Hoffmann (Hg.): *Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt*, Berlin 2020, S. 143–160.

oder des Kranbaus Eberswalde musste die BvS neue Privatisierungslösungen finden, deren Zustandekommen sich zum Teil bis zum Ende der 1990er-Jahre hinzog. Als ähnlich langwierig erwies sich die Privatisierung des Eisenhüttenkombinats Ost in Eisenhüttenstadt. Das EKO war aufgrund seiner Größe, seiner peripheren Lage und seiner Bedeutung für die Stadt ein enorm wichtiger Industriestandort. Dies erkannte auch die Treuhandanstalt und setzte im Zuge des 1992 entwickelten Konzepts der industriellen Kerne auf den Erhalt des Standorts auch gegen den Willen der westdeutschen Stahlunternehmen.⁷³ Um einen Investor zu finden, setzte sie ab 1993 erstmalig auf eine Sanierung in Eigenregie, und verstieß damit gegen das noch von Detlev Karsten Rohwedder geprägte Mantra »Privatisierung ist die wirksamste Sanierung«. ⁷⁴ Auch wenn seine Nachfolgerin Birgit Breuel in der Öffentlichkeit und intern immer wieder betonte, dass die Treuhandanstalt keine Strukturpolitik mache, war sie mit Blick auf Brandenburg die entscheidende strukturpolitische Akteurin, wie auch verschiedene Initiativen von Treuhandmitarbeitern, etwa in der Frage von Gewerbeflächen oder zur Neuausrichtung von Industriegeländen bei der Landesregierung in Potsdam, zeigten. Abgesehen davon hatte jede Entscheidung der Treuhand über den Verkauf oder die Schließung eines Betriebs unmittelbare Auswirkungen auf den Strukturwandel in Brandenburg.⁷⁵

Aufgrund der überall im Land auftretenden ökonomischen Probleme, die vor allem in der prekären Situation der Industriebetriebe, ungeklärten Eigentumsfragen und der zu modernisierenden Infrastruktur bestanden, musste die Wirtschaftspolitik der Landesregierung auch

73 Zum Begriff industrieller Kern und der Entwicklung der entsprechenden Standorte in Ostdeutschland vgl. Gerhard Heimpold: Was wurde aus den industriellen Kernen der ehemaligen DDR?, in: Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft (wie Anm. 72), S. 161–173.

74 Schreiben von Detlev Karsten Rohwedder an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Treuhandanstalt, 27.3.1991, in: Treuhandanstalt (Hg.): Dokumentation 1990–1994, Bd. 1, Berlin 1994, A72–75.

75 Vgl. Frank Nägele: Strukturpolitik wider Willen? Die regionalpolitischen Dimensionen der Treuhandpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1994) B 43/44, S. 43–52.

wegen ihrer schwachen Finanzausstattung in engen Grenzen erfolgen. Durch ihre Kapitalausstattung verfügte die THA über weitaus größere Ressourcen. Versuche, einzelne Betriebe, an deren Sanierung die THA nicht glaubte, an das Land abzugeben, lehnte die Landesregierung wie im Falle des Halbleiterwerks Frankfurt (Oder) vehement ab, da sie angesichts der auflaufenden Verluste ein Fass ohne Boden befürchtete. Dennoch gelang es der Landespolitik insbesondere in Person von Manfred Stolpe in einzelnen Fällen wie dem Chemiefaserwerk Premnitz oder den Stahlwerken in Brandenburg an der Havel und Hennigsdorf durch persönliche Intervention und Moderation, Privatisierungslösungen zu finden. Hilfreich war dabei nicht zuletzt ein dichtes Netzwerk von Austausch- und Meinungsbildungsstrukturen zwischen der Treuhandanstalt und der Landesregierung.⁷⁶

Die von der Treuhandanstalt für die ostdeutschen Bundesländer aufgestellte Bilanz zeichnet für Brandenburg im Hinblick auf die Arbeitsplatz-, Investitions- und Erlöszusagen ein positives Bild. Unter Berücksichtigung von Apotheken, Gaststätten, Hotels und Geschäften erreichte die THA Zusagen für 272 500 Arbeitsplätze. Bezogen auf die Einwohnerzahl lag Brandenburg damit auf dem zweiten Platz hinter Berlin. Gleiches galt für die Investitions- und Erlöszusagen (siehe Tabelle 3).

Dass Brandenburg unmittelbar den Platz hinter Ost-Berlin belegte, hing mit der geografischen Besonderheit Brandenburgs zusammen, das die im Juni 1991 zum zukünftigen Parlaments- und Regierungssitz bestimmte Metropole Berlin umschloss. Die Sogwirkung des Hauptstadtbeschlusses sowie die Hoffnung auf ein rasches Zusammenwachsen der zuvor geteilten Stadt führten zu einem wesentlich größeren Interesse von Investoren, THA-Betriebe in der Hauptstadt und dem sie umgebenden Speckgürtel zu übernehmen. Ein Großteil der von der THA verzeichneten

76 Vgl. Wolf-Rüdiger Knoll: Mehr als ohnmächtig? Zur Zusammenarbeit zwischen Treuhandanstalt und Brandenburg, in: Deutschland Archiv vom 16.6.2020, <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/311498/mehr-als-ohnmaechtig-zur-zusammenarbeit-zwischen-treuhandanstalt-und-brandenburg> (Zugriff am 13.6.2022).

Tabelle 3: THA-Privatisierungsergebnisse pro Kopf⁷⁷

Bundesland (Bevölkerungs- stand 1989)	Zugesagte Arbeitsplätze je 100 Einwohner	Investitions- zusagen pro Kopf (in DM)	Erlöszusagen pro Kopf (in DM)
Berlin-Ost	19	40 547	17 281
Brandenburg	10	15 059	3524
Mecklenburg- Vorpommern	6	7262	1894
Sachsen	8	9942	3131
Sachsen-Anhalt	6	9490	2486
Thüringen	8	6587	2175

Investitionen erfolgte in Brandenburg daher in den Berlin-nahen Regionen. Insbesondere in der Bau- und Konsumbranche war das Interesse zunächst hoch, wie der Kauf des 30 Kilometer östlich vom Berliner Stadtzentrum gelegenen Rüdersdorfer Zementwerks durch eine deutsche Tochter des britischen Baukonzerns RMC im Herbst 1990 zeigte.⁷⁸ Wenngleich die Wirtschaft Berlins in den 1990er-Jahren stagnierte, übernahm die Hauptstadt doch eine wichtige arbeitsmarktpolitische Funktion.⁷⁹ So gingen 1994 90 000 Brandenburger einer Arbeit in Berlin nach, 1997 waren es 112 000.⁸⁰

Die Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt im Land Brandenburg und ihrer Wirkung auf den Strukturwandel muss letztlich differenziert erfolgen. Erfolgreichen Privatisierungen wie dem EKO in Eisenhüttenstadt, dem Getriebewerk in Brandenburg an der Havel oder dem Lkw-Werk in Ludwigsfelde standen auch Negativbeispiele wie das Chemiefaserwerk

77 Eigene Berechnungen nach Monatsbericht der THA, September 1994, S. 9, BArch Berlin, B 412/24129, unfol.

78 Vgl. Keith Allen: Investing Foreigners in Post-Wall Eastern Germany, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2022, S. 185 f.

79 Vgl. Monika Kühn: Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel in Berlin und Brandenburg 1991 bis 2006 aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg (2007) 3, S. 24–32, hier S. 25 f.

80 Vgl. Helmut Seitz: Migration, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und öffentliche Finanzen in Brandenburg und in den anderen ostdeutschen Ländern, Frankfurt (Oder) 1998, S. 4.

Premnitz, die Geräte- und Regler-Werke in Teltow oder das Nähmaschinenwerk Wittenberge gegenüber. Bei dem Chemiefaser- und dem Nähmaschinenwerk verstießen die Treuhandmitarbeiter gegen die internen Prinzipien hinsichtlich der Käuferüberprüfung, bei den Geräte- und Regler-Werken standen sie in persönlichen Beziehungen zum Investor. Insbesondere an den Standorten der Kombinatstammbetriebe gelang es jedoch, mehrheitlich tragfähige und langfristige Privatisierungslösungen zu finden. Diese Betriebe wie in Schwarzheide (Polyurethanherstellung) oder Schwedt (Kraftstofferzeugung) verfügten über Know-how und Produkte oder Marken, die zumindest teilweise weltmarktfähig waren. Der Niedergang der Textilindustrie und der Zellstoffherstellung erfolgte hingegen auch deshalb, weil für die dort produzierten Waren keine Nachfrage mehr vorhanden war oder der Konkurrenzdruck aus Billiglohnländern zu groß wurde.

Insgesamt überwiegt der Eindruck, dass die Treuhand bei den großen Brandenburger Industriebetrieben mehrheitlich der Situation angemessene Entscheidungen getroffen hat. Der massive Abbau von Industriearbeitsplätzen bedeutete nicht gleichzeitig eine weiträumige Entindustrialisierung Brandenburgs. Eine Bewertung der Privatisierung kleiner und mittlerer Unternehmen fällt allerdings aufgrund des Quellenzugangs schwerer. So wurden bei 570 Privatisierungen in Brandenburg insgesamt 300 Betriebe mittels Management-Buy-out (MBO) an Ostdeutsche verkauft, wobei eine genaue Aussage, ob und inwieweit westdeutsche Beteiligungen (Management-Buy-in, MBI) dabei zum Einsatz kamen, auf der Grundlage der THA-Informationen nicht getroffen werden kann. 288 Betriebe wurden liquidiert.⁸¹ Ausländische Käufer spielten jedenfalls nur eine geringe Rolle. In der THA-Niederlassung Potsdam wurden bis Anfang 1992 nur etwa fünf Prozent der Betriebe von ausländischen Investoren übernommen.⁸²

81 Vgl. Treuhandanstalt, Monatsbericht September 1994, S. A3, BArch Berlin, B 412/24129, unfol.

82 Vgl. Potsdamer Treuhand-Niederlassung privatisierte 200 Unternehmen, in: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 11.1.1992.

Regional disparate Entwicklungen: Oranienburg und Wittenberge

Der Vergleich zweier Städte in Brandenburg zeigt die ganze Bandbreite von industriellen Erfolgs- und Misserfolgsgeschichten seit 1990, die durch Treuhandentscheidungen beeinflusst waren. Mitten zwischen Hamburg und Berlin an der Elbe gelegen, verzeichnete die Stadt Wittenberge einen ausgeprägten Niedergang. 1989 gab es in Wittenberge vier große Industriebetriebe. Neben der Ölmühle, der Prignitzer Zellstoff- und Zellwollefabrik und dem Reichsbahnausbesserungswerk hatte insbesondere das Nähmaschinenwerk die Stadt und ihren Ruf seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts geprägt. Mit der Ölmühle und der Zellstofffabrik schloss die Treuhand bereits Ende 1990 zwei technologisch und ökologisch hoffnungslos veraltete Betriebe.⁸³ Das Nähmaschinenwerk, das angesichts globalisierter Märkte und der nun auftretenden ostasiatischen Konkurrenz Anfang 1991 in eine prekäre Lage geriet, wollte die THA im Sommer 1991 an einen indonesischen Käufer unter vollkommen unrealistischen Bedingungen verkaufen. Rechtsstreitigkeiten führten zum Scheitern des Verkaufs und die THA entschied sich schließlich zur Abwicklung des Werkes wegen fehlender Perspektiven. Innerhalb von 18 Monaten verlor die Stadt so 6000 Industriearbeitsplätze.⁸⁴ Ein Nachfolgekonzept für das Betriebsgelände scheiterte weitgehend aufgrund des Fehlens eines industriellen Kernbetriebs, an den sich Zulieferer hätten andocken können. Zwar übernahm die Deutsche Bundesbahn das Reichsbahnausbesserungswerk, aber auch hier erfolgte ein folgenschwerer Personalabbau. In der Folge kam es zu einer erheblichen Abwanderung. Zwischen 1988 und 2019 halbierte sich die Einwohnerzahl Wittenberges beinahe von 30 200 auf 16 900.

83 Vgl. Schreiben von Detlev Rohwedder an Manfred Stolpe: »Stilllegung von zur Treuhandanstalt gehörenden Betrieben im Land Brandenburg« vom 20.11.1990, BArch Berlin, B 412/3699, Bl. 12f.

84 Vgl. Inga Haese/Anna Eckart/Andreas Willisch: Wittenberge: Von der Industriestadt zum Städtchen an der Elbe, in: Andreas Willisch (Hg.): Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen, Berlin 2012, S. 49–59, hier S. 53.

Anders verlief die Entwicklung in Oranienburg. Die etwa 35 Kilometer nördlich vom Berliner Zentrum im Speckgürtel gelegene Stadt erlitt 1993 mit der Schließung des Kaltwalzwerks einen Rückschlag. Der Verkauf des Stahlwerks an die Krupp AG im Oktober 1990 erschien zunächst Erfolg versprechend, allerdings wurde das Werk Opfer von konzerninternen Umstrukturierungs- und Fusionsprozessen. Dass Oranienburg dennoch eine positive Entwicklung verzeichnen konnte, war nicht zuletzt der Entwicklung zweier ehemaliger Treuhandbetriebe zu verdanken. Im September 1991 verkaufte die Treuhand die Oranienburger Pharmawerk GmbH (OPW) an die Byk-Gulden GmbH, die zur Altana Industrie-Aktien und Anlagen AG, Bad Homburg, gehörte. OPW hatte in den 1980er-Jahren 600 Beschäftigte gezählt. Mit Investitionen von mehr als 200 Millionen DM, etwa das Vierfache der ursprünglich mit der Treuhand vereinbarten Summe, entstand in Oranienburg eines der modernsten pharmazeutischen Werke Europas. Die Zahl der Arbeitsplätze wurde auf 340 aufgestockt. Darüber hinaus entstanden im Gewerbepark rund 350 Arbeitsplätze.⁸⁵ 2011 übernahm ein japanischer Pharmakonzern den Standort Oranienburg und baute ihn seitdem weiter aus. Im Jahr 2019 arbeiteten 750 Beschäftigte bei Takeda in Oranienburg.⁸⁶

Mit der ORAFOL Europe GmbH verfügt Oranienburg über ein zweites bedeutendes ehemaliges Treuhandunternehmen. Hervorgegangen aus dem VEB Spezialfarben Oranienburg mit 120 Beschäftigten vor der Wiedervereinigung, gelang es dem damaligen Betriebsleiter, dem zunächst selbst das Kapital für den Erwerb des Betriebs fehlte, mithilfe einer mittelständischen westdeutschen Firma die ORAFOL-Klebertechnik GmbH (abgeleitet von Oranienburger Folien) in Form eines MBI/MBO mit 60 Mitarbeitern zu privatisieren und auf Erfolgskurs zu bringen. Das Unternehmen, das selbstklebende grafische Produkte, Klebebandsysteme

85 Vgl. Rainer Karlsch: Die Strategien der Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben zur Privatisierung der chemischen Industrie und Mineralölindustrie 1990–2000, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2022.

86 Vgl. Der unsichtbare Weltmarktführer aus Oranienburg, in: DerTagesspiegel vom 8.7.2019.

und reflektierende Materialien herstellt, expandierte und erzielte einen erheblichen Teil seiner Erlöse im Ausland. ORAFOL wurde 2017 das Unternehmen des Jahres in Brandenburg. Im Jahr darauf setzte die ORAFOL-Gruppe mit 1080 Mitarbeitern in Oranienburg und 2500 Beschäftigten weltweit 623 Millionen Euro um.⁸⁷ Der enorme Erfolg von ORAFOL lässt sich vor allem auf das Know-how innerhalb des Unternehmens und das unternehmerische Geschick der Geschäftsführung zurückführen. Die Privatisierung der übrigen Betriebe des Kombinats Lacke und Farben, dem der Betrieb vor 1989 angehört hatte, scheiterte weitgehend.

Für Oranienburg sind die beiden Betriebe ein Glücksfall. Auch ihrer wegen sank die Einwohnerzahl nach 1990 nicht, sondern stieg sogar. Unter Berücksichtigung von Eingemeindungen lebten in Oranienburg im Jahr 2019 etwa 5000 Menschen mehr als 30 Jahre zuvor. Oranienburg und Wittenberge verdeutlichen nicht nur die Bandbreite kommunaler Entwicklungen, sondern auch die positiven und negativen Folgen von Treuhandentscheidungen. Zugleich stehen beide Städte auch exemplarisch für das durch die Transformationszeit hervorgerufene wachsende Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie, also zwischen dem urbanen, Berlin-nahen Raum und den ländlichen Regionen. Verstärkt wurden die negativen Entwicklungen noch durch den Beschäftigtenabbau in der Landwirtschaft. Sank die Zahl der Industriearbeitsplätze in Brandenburg ohne Berücksichtigung statistischer Erhebungsprobleme zwischen 1989 und 1992 um etwa 70 Prozent, so fiel der Rückgang in der Landwirtschaft im selben Zeitraum mit 82 Prozent noch gravierender aus.⁸⁸

87 Vgl. Rainer Karlsch: Industrielle Familienunternehmen in Ostdeutschland. Von der Jahrhundertwende bis zu Gegenwart, München 2019, S. 109f.

88 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (Hg.): Die Situation des Mittelstands in Brandenburg 1993 und 1994, Mittelstandsbericht des Landes Brandenburg, Potsdam 1994, Anhang Tabelle 1: Indikatoren für die Wirtschaftsentwicklung für das Land Brandenburg; Klaus Müller: Gutachten zur Agrargeschichte des Landes Brandenburg nach 1989/90. Gutachten für die Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg«, Berlin 2011, S. 24.

Der ländliche Raum Brandenburgs war damit vom Strukturwandel noch stärker betroffen als die größeren Städte oder das Berliner Umland und damit der größte Verlierer des Strukturwandels nach der Wiedervereinigung. Dies zeigte sich nicht zuletzt an der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, die im traditionell strukturschwächeren nördlichen Brandenburg am höchsten waren.

3. Landespolitische Wirtschaftsinitiativen und wirtschaftliche Entwicklungen bis 2020

Aus den zweiten Landtagswahlen nach der Wiedervereinigung am 11. September 1994 ging die SPD nicht nur als stärkste Kraft hervor, sondern errang auch aufgrund der Popularität ihrer Spitzenkräfte Manfred Stolpe und Regine Hildebrandt sogar die absolute Mehrheit der Sitze im Potsdamer Landtag. Die neue, ausschließlich aus SPD-Ministern bestehende Landesregierung versuchte einerseits ihre Prämisse des Arbeitsplatzzerhalts aufrechtzuerhalten und zugleich neue eigenständige Akzente in der Wirtschaftspolitik zu setzen. Manfred Stolpe betonte in seiner Regierungserklärung am 18. November 1994:

»Unsere wichtigste Aufgabe bleibt: Wir müssen noch mehr zukunfts-sichere Arbeitsplätze schaffen, indem wir bestehende Betriebe konsolidieren, innovative Unternehmen neu ansiedeln, den Mittelstand fördern, die industriellen Kerne und landwirtschaftlichen Unternehmen modernisieren und umstrukturieren.«⁸⁹

Zwar befanden sich einige der industriellen Kerne wie in Premnitz, Eisenhüttenstadt oder Frankfurt (Oder) zu diesem Zeitpunkt noch inmitten des Umstrukturierungsprozesses, dennoch setzten Stolpe und der neue

89 Regierungserklärung von Ministerpräsident Manfred Stolpe am 18. November 1994, in: Landtag Brandenburg, 2. Wahlperiode: Plenarprotokoll 2. Sitzung, S. 18.

Wirtschaftsminister Burkhard Dreher nun verstärkt auf infrastrukturelle Großprojekte und industrielle Neuansiedlungen auch und gerade im Berlin-fernen Raum, um die Industrie im Land zu stärken.⁹⁰

Scheitern wirtschaftspolitischer Großprojekte oder: »VEB Manfred Stolpe«?

Zu den wichtigsten Projekten zählten dabei der Bau des neuen Großflughafens Berlin-Brandenburg, die Errichtung einer Transrapid-Zugverbindung zwischen Hamburg und Berlin, die Fusion der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Umbau der ehemaligen sowjetischen Militäranlagen in Wünsdorf-Waldstadt zu einer Wohnstadt für Bundes- und Landesbedienstete.

Die hier genannten Projekte erhielten schließlich allesamt bundesweite Aufmerksamkeit, vor allem da sie die Tatsache verband, dass sie beinahe alle scheiterten oder mit gravierenden Verzögerungen und enormen Kostensteigerungen verbunden waren, für die letztlich der Steuerzahler aufkommen musste. Die 25-jährige Geschichte des neuen Hauptstadtflughafens vom Baubeschluss 1996 bis zu seiner finalen Eröffnung im Herbst 2020 erreichte spätestens seit der Bekanntgabe massiver bautechnischer Probleme im Jahr 2012 und immer neuer Verschiebungen des Eröffnungstermins eine mediale Dauerpräsenz und wurde zu einem Symbol für die fehlerhafte Umsetzung von Großprojekten in der Bun-

90 Vgl. Karl Brenke/Udo Ludwig/Joachim Ragnitz: Analyse der Schlüsselentscheidungen im Bereich der Wirtschaftspolitik und ihre Wirkung auf die ökonomische Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte im Land Brandenburg. Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg« (EK 5/1), Berlin/Dresden/Halle (Saale) 2011, S. 22, https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Gutachten%20Ragnitz,%20Brenke,%20Ludwig%20Analyse%20der%20Schl%C3%BCsselentscheidungen..._Jan%202012.pdf (Zugriff am 13.6.2022).

desrepublik.⁹¹ Aber auch das Scheitern des Transrapid-Projekts, also der Magnetschwebbahn mitsamt Hochgeschwindigkeitsstrecke, sowie der geplanten Länderfusion im Jahr 1996 (gegen die sich eine Mehrheit der Brandenburger ausgesprochen hatte) erweckten schon Mitte der 1990er-Jahre den Eindruck verfehlter landespolitischer Planungen.⁹²

Zwei weitere Projekte verstärkten diese Wahrnehmung noch: Mit dem Umbau des ehemaligen Hauptquartiers der sowjetischen Streitkräfte in der DDR in Wünsdorf bei Zossen hatte sich die Landesregierung für die Region südlich von Berlin erhebliche Wachstumsimpulse durch den Zuzug Tausender verbeamteter Gutverdiener erhofft, die durch den Umzug von Bundestag und Bundesregierung von Bonn nach Berlin auf der Suche nach hochwertigem und günstigem Wohnraum waren. Da private Investoren zurückschreckten, erhielt die öffentliche Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr (LEG) den Auftrag, das riesige Gelände durch eine ihrer zahlreichen Tochtergesellschaften zu entwickeln. Missmanagement innerhalb der LEG und die ausbleibende Nachfrage nach dem weit außerhalb Berlins gelegenen Wohnraum führten jedoch schließlich zu einem landesweiten Skandal. Am 1. November 2001 zog die damalige Finanzministerin Dagmar Ziegler (SPD) die Notbremse und schickte die LEG in die Liquidation. 32 Millionen Euro, die die Gesellschaft noch in den letzten beiden Jahren ihrer Tätigkeit als Darlehen erhalten hatte, mussten abgeschrieben werden und nach der Einleitung der Liquidierung weitere 234 Millionen Euro vom Land für

91 Vgl. Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode – zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen des im Bau befindlichen Flughafens Berlin Brandenburg Willy Brandt (BER) vom 17.6.2016, <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/17/IIIPlen/vorgang/d17-3000.pdf> (Zugriff am 13.6.2022); Magdalena Konieczek-Woger/Jacob Köppel: Für wen planen wir? Analyse und Vergleich zweier Planungskontroversen – Ursachen und mögliche Handlungsstrategien, Berlin 2016; Matthias Roth: Der Hauptstadtflughafen. Politik und Missmanagement. Ein Insider berichtet, Springe 2013.

92 Vgl. Andreas Anter/Astrid Lorenz/Werner Reutter: Freiwillige Souveränitätsabgabe? Kooperation und Fusion von Berlin und Brandenburg, in: dies.: Politik und Regieren in Brandenburg, Wiesbaden 2016, S. 227–247.

Verbindlichkeiten aufgewendet werden.⁹³ Der Skandal zog einen Untersuchungsausschuss nach sich, der aufgrund unterschiedlicher parteipolitischer Positionen keine Bewertung vornahm, zugleich aber in der Öffentlichkeit den Eindruck kollektiver Verantwortungslosigkeit innerhalb der Landesregierung hinterließ.⁹⁴

Die Entwicklung des Geländes verursachte allein bis 2001 Kosten von etwa 700 Millionen DM. Nachdem die erhoffte Nachfrage nach Wohnraum durch Bundes- und Landesbeamte ausgeblieben war, siedelte die Landesregierung dort unter anderem das Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen und das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum an. Mindestens so gravierend wie der finanzielle Schaden wirkte sich die LEG-Pleite auf das Image des Ministerpräsidenten aus, dessen Wirtschaftspolitik der *Spiegel* im Sommer 2001 als »VEB Manfred Stolpe« betitelte.⁹⁵

Ein weiteres, weitgehend gescheitertes Infrastrukturprojekt bestätigte den Eindruck, dass in der von Stolpe bis 2002 geführten Landesregierung die Hoffnung auf Arbeitsplätze eine realistische und die begrenzten Haushaltsmittel effektiv nutzende Ansiedlungspolitik überlagerte. Bereits Anfang der 1990er-Jahre hatten Planungen für den Bau einer Rennstrecke begonnen, die die Lausitz touristisch erschließen und große Events in die Braunkohleregion bringen sollte. 1995 erfolgte der Zuwendungsbescheid für das Projekt, dessen Initiatoren ankündigten, 1500 Dauerarbeitsplätze in der Region schaffen zu wollen. Im Jahr 2000 wurde die Eröffnung des 100 000 Zuschauer fassenden Eurospeedway Lausitz gefeiert, dessen Betreiber danach strebten Formel-1-Rennen auszutragen.⁹⁶ Bereits nach wenigen Jahren zeigte sich allerdings, dass die Hoffnungen auf umfangreiche Einnahmen durch Rennsportevents und Zuspruch von Zuschauern sowie Touristen für die Region sich nicht erfüllten. Auch die Formel 1 kam nicht

93 Vgl. Millionen in den Sand gesetzt – LEG wird abgewickelt, in: Märkische Oderzeitung vom 2.8.2016.

94 Vgl. Teure Aufklärung ohne Ergebnis, in: Der Tagesspiegel vom 4.8.2004.

95 VEB Manfred Stolpe, in: Der Spiegel vom 5.8.2001.

96 Vgl. Der Traum von der Formel 1 auf dem Lausitzring, in: Süddeutsche Zeitung vom 20.8.2020.

in die Lausitz. Stattdessen musste die Betreibergesellschaft bereits 2002 Insolvenz anmelden. Eine kleine Anfrage der PDS-Landtagsfraktion ergab, dass allein für den Bau der Strecke Fördermittel in Höhe von knapp 123 Millionen DM geflossen waren, der Verlustausgleich erforderte weitere Haushaltsmittel. Dabei musste die Landesregierung auch eingestehen, dass die Rennstrecke im Jahr 2005 gerade 51 Beschäftigte zählte, in den Jahren danach waren es sogar noch weniger.⁹⁷ 2017 erwarb die Prüfgesellschaft Dekra die Rennstrecke und baut sie seitdem zu einem Test- und Entwicklungszentrum für autonomes Fahren um. Zwar finden noch Rennsportveranstaltungen auf dem DEKRA Lausitzring statt, die erhofften Effekte für den Arbeitsmarkt und den Tourismus in der Region konnte das Projekt jedoch auch nach 20 Jahren Betrieb nicht erzielen.

Das vergebliche Streben nach Hochtechnologien

Neben dem Ausbau der Infrastruktur durch Großprojekte setzte die Landesregierung auch auf die direkte Förderung von industriellen Neuansiedlungen. Hierzu erklärte Manfred Stolpe in seiner Regierungserklärung 1999, die den Beginn einer SPD-CDU-Koalition markierte: »Vor allem Hochtechnologien, über die Brandenburg bereits verfügt, wollen wir weiter ansiedeln.«⁹⁸ In diesem Sinne unterstützte die Landesregierung unter anderem die Ansiedlung eines Investors für Logistikdienstleistungen sowie den Aufbau einer Mikrochipproduktion. Doch auch diese Vorhaben sollten sich letztlich als ebenso kostspielig wie wenig tragfähig erweisen.

1996 gründeten Unternehmer und Ingenieure die Cargolifter AG, deren Ziel darin bestand, großvolumige und schwere Güter durch Luftschiffe transportieren zu lassen und damit kostspielige Straßen- oder

97 Vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 664 des Abgeordneten Thomas Domres, Fraktion der PDS, vom 30.8.2005, in: Landtag Brandenburg, 4. Wahlperiode, Drucksache 4/1803.

98 Regierungserklärung von Manfred Stolpe am 24.11.1999, in: Landtag Brandenburg, 3. Wahlperiode, Plenarprotokoll 3/3, S. 22.

Wassertransporte zu umgehen. Für die Fertigung der Luftschiffe war der Neubau einer großen Werfthalle erforderlich, der bis Ende des Jahres 2000 schließlich bei Halbe auf dem Areal eines ehemaligen Flugplatzes der sowjetischen Streitkräfte, etwa 60 Kilometer südlich von Berlin, abgeschlossen werden konnte. Die Landesregierung hatte dem Unternehmen dafür Subventionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« gewährt. Etwa ein Viertel der Investitionssumme zum Bau der Halle in Höhe von 160 Millionen DM bestand aus Brandenburger Fördermitteln. Dafür sollten 240 Dauerarbeitsplätze entstehen.⁹⁹ Allerdings geriet die Cargolifter AG aufgrund des ausbleibenden Interesses von Kunden bereits 2002 in Zahlungsschwierigkeiten. Das Unternehmen musste Insolvenz anmelden. Schließlich übernahm ein malaysischer Investor die Werfthalle und baute sie zur Freizeitanlage Tropical Islands um. Mit 8,6 Millionen Euro unterstützte das Land auch dieses Vorhaben, das sich nach Jahren der Ungewissheit als nachhaltig erweisen sollte. 2016 zählte der Standort etwa 600 Beschäftigte.¹⁰⁰ Damit wurde das Projekt schließlich doch noch zu einem Erfolgsfall für Brandenburg. Es trug aber nicht wie erhofft zum Ausbau von Hochtechnologien bei, sondern stärkte den Dienstleistungssektor. Auch die gravierenden Fehler, die bei der Förderung des Luftschiffprojekts von Land, Bund und Investoren gemacht wurden – etwa, dass der Bau der Werfthalle erfolgte, bevor das Luftschiff selbst sowohl technisch als auch ökonomisch ausgereift war – führten letztlich zum Scheitern des industriellen Prestigeprojekts.¹⁰¹

Allerdings fiel dieses Scheitern verglichen mit dem Projekt Chipfabrik Frankfurt (Oder) hinsichtlich der entstandenen Kosten noch moderat aus. Nachdem das Halbleiterwerk Frankfurt (Oder) 1989 mehr als 8100 Menschen für die Herstellung von integrierten Schaltkreisen der Industrie- und Konsumgüterelektronik beschäftigt hatte, war ab 1990 aufgrund des

99 Vgl. Mirko Titze: Schwierigkeiten der Investitionsförderung – Der Fall CargoLifter AG, in: *Wirtschaft im Wandel* (2006) 12, S. 359–364.

100 Vgl. Grünes Licht für Ausbau: Tropical Islands will Arbeitsplätze verdoppeln, in: *Niederlausitz Aktuell* vom 16.3.2016.

101 Vgl. Titze: Schwierigkeiten der Investitionsförderung (wie Anm. 99), S. 364.

technologischen Rückstands ein rasanter Niedergang in der Produktion und der Beschäftigtenzahl verzeichnet worden, sodass der Betrieb nach mehreren Privatisierungsanläufen um die Jahrtausendwende nur noch wenige Hundert Beschäftigte zählte. Anfang 2001 keimte jedoch neue Hoffnung auf. Dem seit 1983 in Frankfurt (Oder) ansässigen Institut für Halbleiterphysik war es gelungen, einen neuen Mikrochip zu entwickeln, dessen Technologie eine stark verbesserte Datenübertragung im Mobilfunkbereich ermöglichte. Für die Produktion des Chips sollte in Frankfurt eine neue Fabrik entstehen, an dessen Bau sich der amerikanische Technologiekonzern Intel sowie das Emirat Dubai beteiligen wollten. Die Partner planten Investitionen von insgesamt 3,15 Milliarden DM und die Schaffung von bis zu 1500 Arbeitsplätzen, wodurch die neue Chipfabrik zu einem der größten Investitionsprojekte in den neuen Bundesländern geworden wäre.¹⁰² Die Hoffnung auf die enormen arbeitsmarktpolitischen Effekte veranlasste die Landesregierung, frühzeitig Fördermittel bereitzustellen. Obwohl weder Intel noch Dubai eine ausreichende Beteiligung zugesagt hatten und eine Finanzierungslücke von mehr als 660 Millionen Dollar bestand, erfolgte im August 2002 die Grundsteinlegung. Bis November 2003 flossen aus dem Potsdamer Wirtschaftsministerium 78 Millionen Euro in den Bau der Fabrik. Dann musste die Landesregierung schließlich öffentlich eingestehen, dass die weitere Finanzierung und damit das gesamte Projekt Chipfabrik gescheitert sei.¹⁰³ Diese Mitteilung zog die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses im Landtag sowie den Rücktritt des Wirtschaftsministers Wolfgang Fürniß (CDU) nach sich. Der Brandenburger Landesrechnungshof kam im seinem Jahresbericht 2005 zu dem Ergebnis, dass mit der Bereitstellung der Fördermittel gegen sämtliche Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie andere haushaltsrechtliche Vorschriften verstoßen wurde.¹⁰⁴ Die

102 Vgl. Intel beteiligt sich an neuer Chipfabrik in Ostdeutschland, in: Handelsblatt vom 8.2.2001.

103 Vgl. Brandenburger Chipfabrik wird abgewickelt, in: FAZ vom 28.11.2003. Vgl. Bericht des Landesrechnungshofes Brandenburg: Jahresbericht 2005, in: Landtag Brandenburg, 4. Wahlperiode, Drucksache 4/2085, 28. 10. 2005, S. 150.

104 Vgl. ebd.

Rechnungsprüfer kritisierten damit massiv die Förderpolitik der Landesregierung und erklärten abschließend:

»Die fehlenden Erfolgsaussichten waren nicht nur für die Entscheidungsträger, sondern allgemein für jeden objektiven Betrachter vorhersehbar. Die für jedermann erkennbaren Umstände, insbesondere die fehlende Risikoübernahme des besagten Unternehmens trotz Zugangs zur gesamten Technologie, der weltweite Einbruch des Halbleitermarktes nach dem 11. September 2001 sowie der Ausstieg der beauftragten Bank aus dem Projekt und die erkennbare Zurückhaltung des gesamten Kapitalmarktes mussten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu einem Scheitern der Gesamtfinanzierung führen.«¹⁰⁵

Die Bauruine der Chipfabrik versinnbildlichte schließlich das Scheitern der Brandenburger Landesregierung, die zwischen 1995 und 2005 unter hohen fiskalischen Risiken versuchte, wirtschafts- und industriepolitische Großprojekte auch ohne entsprechende Sicherheiten oder Garantien zu fördern, um möglichst viele und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Das Festhalten an unrealistischen Projekten und mangelnde Kompetenzen bei der Bewirtschaftung von Fördermitteln brachten der Landesregierung schließlich den Vorwurf ein, eine interventionistisch-autoritäre Wirtschaftspolitik zu betreiben. In dieser Phase wurde Brandenburg daher mitunter als »kleine DDR« oder ein Berlin umgebendes »rotes Meer« bezeichnet.¹⁰⁶ Deutlich wurde dadurch auch, dass staatliche Industriepolitik keineswegs automatisch zu positiven Beschäftigungseffekten führt. Ihr Gelingen hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, ihr Scheitern wird zumeist öffentlichkeitswirksam und politikkritisch medial rezipiert.¹⁰⁷

105 Ebd., S. 155.

106 Das kleine, rote Preußen, in: Der Spiegel vom 29.4.1994; Schwarze Pumpe, rotes Meer, in: Der Spiegel vom 8.10.1995; Der eigene Weg der kleinen DDR, in: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 22.7.2015.

107 Vgl. Dieter Rehfeld/Ben Dankbaar: Industriepolitik: Theoretische Grundlagen, Varianten und Herausforderungen, in: WSI Mitteilungen (2015) 7, S. 491–499; Frank Gerlach/Astrid Ziegler: Industriepolitik in Deutschland und Europa – Zur Debatte um das industriepolitische Papier von Peter Altmaier, in: Wirtschaftsdienst 99 (2019) 19, S. 650–655.

Neue Investoren und Re-Industrialisierungseffekte an alten Standorten

Die Aufzählung gescheiterter wirtschaftspolitischer Projekte legt den Schluss nahe, dass die Entwicklung Brandenburgs schlechter verlaufen sei als im ostdeutschen Durchschnitt. Dies war allerdings nicht der Fall. Tatsächlich überlagerte die mediale Berichterstattung die ökonomischen Erfolgsgeschichten auch jenseits der ehemaligen Treuhandbetriebe. So gelang es seit Mitte der 1990er-Jahre, neue industrielle Großinvestoren für die Region zu gewinnen. Zu diesen zählten neben dem Flugzeugmotorenhersteller Rolls Royce in Blankenfelde/Dahlewitz auch der Zug- und Straßenbahn-Bauer Bombardier sowie Coca-Cola, beide in Hennigsdorf, wobei Rolls Royce als größter industrieller Neuinvestor Brandenburgs im Jahr 2019 knapp 3000 Menschen beschäftigte.¹⁰⁸ Auch an industriellen Altstandorten, die in den 1990er-Jahren krisenhafte Entwicklungen durchlaufen hatten, führte das Engagement neuer (westdeutscher) Investoren zu einer Re-Industrialisierung. So entschied sich die Fielmann AG 1999, in Rathenow ihre Fertigungskapazitäten massiv zu erweitern und zugleich ein Logistikzentrum zu eröffnen. Die Fielmann-Tochter Rathenower Optik GmbH produzierte vor der Coronapandemie 4,7 Millionen Gläser aller Veredelungsstufen und lieferte 8,3 Millionen Brillenfassungen aus. Zusammen mit den Bereichen Logistik und Ausbildung beschäftigte Fielmann am Standort Rathenow im Jahr 2020 etwa 1000 Mitarbeiter. Berücksichtigt man noch die weiteren Betriebe, zählt die optische Industrie mindestens 1120 Beschäftigte, wodurch die »Stadt der Optik« ihren Namen wieder zu Recht trägt.

Mit der Glaeser Textil GmbH übernahm ein Textilhandels- und Recyclingunternehmen aus Ulm 2002 das Chemiefaserwerk Premnitz. Dem neuen Eigentümer gelang es in der Folge, den Standort nach mehreren zuvor erfolgten Insolvenzen wirtschaftlich zu stabilisieren und schließ-

108 Vgl. »Made in Dahlewitz«: Rolls-Royce liefert 8000. Triebwerk aus, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 11.6.2020.

lich auch im Hinblick auf die Beschäftigtenzahlen auf Wachstumskurs zu bringen.¹⁰⁹ Trotz des andauernden Beschäftigtenabbaus in der Chemiefaserindustrie konnte der neue Eigentümer durch die zunehmende Konzentration des Betriebes auf die Herstellung spezialisierter Fasern die Zahl der Beschäftigten in Premnitz kontinuierlich auf insgesamt 525 im Jahr 2019 erhöhen.¹¹⁰ Zusammen mit zahlreichen Zulieferbetrieben verzeichnete der Industriepark Premnitz im Jahr 2019 nach eigenen Angaben 40 Unternehmen mit circa 1400 Beschäftigten.

Der Fleischbetrieb in Eberswalde, der nach der Schließung der nahegelegenen gigantischen Schweinemastanlage im Jahr 1991 in eine beinahe zehnjährige Dauerkrise geraten war, profitierte von dem Engagement des damaligen Insolvenzverwalters Eckhard Krone, der zu Beginn der 2000er-Jahre einen Neustart wagte. In der Folge gelang es, den Betrieb zu stabilisieren. 2019 arbeiteten 250 Angestellte sowie bis zu 250 Saisonkräfte bei dem mittlerweile als Familienbetrieb in zweiter Generation geführten, größten Hersteller von Fleisch- und Wurstwaren in Brandenburg.¹¹¹

Ab- und Aufschwung, Autobahnökonomie sowie der wiederentdeckte Hauptstadtfaktor

Ungeachtet derartiger Investitionen und Erfolgsgeschichten wuchs die Wirtschaft in Brandenburg seit 1997 nicht mehr schneller als in Westdeutschland. Anfang der 2000er-Jahre verschlechterte sich die Lage insgesamt zunächst spürbar. Negativ wirkte sich dabei das Ende des Baubooms in Ostdeutschland aus. Auch unter der Stagnation der Wirtschaftsleistung Berlins zwischen 1991 und 2005 litt Brandenburg sehr. Die massive Verschuldung der Hauptstadt, auf die der damalige Finanz-

109 Vgl. Nach der Insolvenz kommt der Erfolg, in: Handelsblatt vom 15.6.2009.

110 Vgl. Märkische Faser GmbH will weiter wachsen, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 26.9.2019.

111 Vgl. Karlsch: Industrielle Familienunternehmen in Ostdeutschland (wie Anm. 87), S. 124.

senator Thilo Sarrazin (SPD) ab 2002 mit einem harten Sparkurs reagierte, führte wiederum zu einem nachlassenden Investoreninteresse und einem erheblichen Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung. Allgemein abzulesen waren diese Entwicklungen am Arbeitsmarkt in Brandenburg. Mit 18,8 Prozent erreichte die Arbeitslosenquote im Jahr 2003 ihren Höhepunkt und lag damit noch über dem Niveau der frühen 1990er-Jahre, wobei beschäftigungspolitische Maßnahmen nach der Jahrtausendwende längst nicht mehr den Umfang hatten, wie noch 1991/92.¹¹² Auch die Gesamtzahl der Beschäftigten ging bis Mitte der 2000er-Jahre weiter zurück, wobei die Bedeutung des Dienstleistungssektors immer weiter zu- und der Anteil der industriellen Produktion an der Gesamtbeschäftigung immer weiter abnahm. So sank die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe von 133 000 im Jahr 1995 auf 109 000 zehn Jahre später. Dies bedeutete, dass nur noch etwas mehr als zehn Prozent aller Arbeitnehmer in der Industrie und dafür 75 Prozent in Dienstleistungsbereichen beschäftigt waren.¹¹³ Zu diesem Zeitpunkt hatte der Braunkohlebergbau bereits massiv an beschäftigungspolitischer Bedeutung verloren. Während 1991 hier immerhin noch vier Prozent aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz hatten, lag dessen Beschäftigtenanteil 2006 nur noch bei 0,5 Prozent.¹¹⁴ Die Mitte der 2000er-Jahre markierte allerdings – vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktreformen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) – so etwas wie einen Wendepunkt in der ökonomischen Entwicklung Brandenburgs.¹¹⁵ Seitdem sank die Zahl

112 Vgl. Dieter Bogai/Doris Wiethölter: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Aktualisierte Länderstudie Brandenburg, IAB Regional Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz 2010 (1), S. 35.

113 Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Erwerbstätige am Arbeitsort im Land Brandenburg 1991 bis 2020 nach Wirtschaftsbereichen, https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/4b40399fe19fbfef/b18b5bb6cd14/Erwerbstaetigkeit-Lange-Reihen_1991-2020-Erwerbstaetige_Berlin-Brandenburg_BS-Aug2021.xlsx (Zugriff am 13.6.2022).

114 Vgl. Kühn: Wirtschaftsentwicklung und Strukturwandel in Berlin und Brandenburg (wie Anm. 79), S. 28.

115 Vgl. Ulrich Walwei: Agenda 2010 und Arbeitsmarkt: Eine Bilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2017) B 26, S. 25–33.

der Industriebeschäftigten nicht mehr weiter, sondern stieg bis 2019 um 17 Prozent bzw. etwa 20 000 Beschäftigte.

Auch die Gesamtbeschäftigtenzahl stieg in Brandenburg im selben Zeitraum um etwa 100 000 Menschen bzw. knapp 10 Prozent, während die Arbeitslosenquote auf 5,8 Prozent sank. Zu dieser Entwicklung trug unter anderem die aufblühende Nahrungsmittelindustrie bei. Deren bekannteste Vertreter sind nicht nur die bereits erwähnten Eberswalder Wurstwaren, sondern auch zahlreiche Produkte aus dem Spreewald rund um die bekannten Gurken und den Spargel aus Beelitz. Unternehmen wie Spreewaldhof und Spreewald Rabe zählen mit je bis zu 200 Festangestellten und 250 Saisonkräften zu den größten Arbeitgebern in der ländlichen Region zwischen Berlin und der Lausitz.¹¹⁶ Mit der Werder Feinkost GmbH existiert westlich von Potsdam der drittgrößte Ketchup-Hersteller in Deutschland, der zugleich Marktführer in Ostdeutschland ist.¹¹⁷ Erwähnt werden sollte dabei, dass diese Betriebe zu Beginn der 1990er-Jahre von der Treuhand zuvor an mittelständische westdeutsche Unternehmer verkauft worden waren, die die Standorte auf Expansions- und Erfolgskurs bringen konnten.

Laut Potsdamer Wirtschaftsministerium zählt das Cluster Ernährungswirtschaft, das auch die Landwirtschaft, die Getränkeindustrie und den Handel umfasst, mit 58 000 Beschäftigten zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen in Brandenburg. Dazu gerechnet werden auch zahlreiche Logistikstandorte der großen Lebensmittel-Handelsunternehmen wie Edeka Minden-Hannover in Freienbrink bei Grünheide, südöstlich von Berlin. Dieser Standort steht auch exemplarisch für den von Karl-Heinz Paqué geprägten Begriff der »Autobahnökonomie« in Ost-

116 Vgl. »Spreewälder Gurken« sind jetzt offiziell französisch, in: rbb24.de vom 24.6.2021, <https://www.rbb24.de/studiocottbus/wirtschaft/2021/06/bundeskartellamt-verkauf-spreewaelder-gurken-franzoesisches-unternehmen.html> (Zugriff am 13.6.2022).

117 Vgl. Was Berlin und Brandenburg auf den Teller bringen, in: Der Tagesspiegel vom 29.1.2017.

deutschland.¹¹⁸ So siedelten sich entlang der großen Verkehrsachsen, in Brandenburg insbesondere und fast ausschließlich entlang des Berliner Autobahnringes, seit der Jahrtausendwende große Logistikunternehmen, aber auch Betriebe des verarbeitenden Gewerbes an. Eines der, wenn nicht das bekannteste Beispiel hierfür war die Entscheidung der West-Berliner Höffner Möbelgesellschaft GmbH & Co. KG, ihren Unternehmenssitz nach Waltersdorf bei Schönefeld zu verlagern.¹¹⁹ Darüber hinaus setzen seit einigen Jahren auch die Konzerne der amerikanischen Techbranche auf Standorte in der Hauptstadtregion, wie das 2013 eröffnete Logistikzentrum von Amazon in Brieselang nordwestlich von Berlin oder die im März 2022 eröffnete Autofabrik des Elektrowagen-Herstellers Tesla, die mehrere Tausend Arbeitsplätze bei Grünheide im Südosten Berlins schaffen soll, zeigen.¹²⁰

Mit dem Logistikzentrum des Schuh- und Modehändlers Zalando in Ludwigsfelde, das seit 2019 um den Nachbarstandort Genshagen erweitert wurde, wirkt sich etwa seit 2010 auch die aufblühende Start-up-Szene Berlins auf die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs aus. Zwar leidet die Logistikbranche unter geringen Löhnen und fehlenden Mitbestimmungsrechten, der wachsende Arbeitskräftebedarf sorgt aber auch nahezu für Vollbeschäftigung im Speckgürtel Berlins. Mit mehr als 210 Unternehmen und über 6200 Beschäftigten ist das Techno Terrain Teltow an der südlichen Stadtgrenze Berlins der größte innerstädtische Gewerbepark Brandenburgs.¹²¹ Der Bauboom, der anhaltende Zuzug und die wachsende Kreativwirtschaft brachten Berlin seit 2011 hohe Wachstumsraten und eine Funktion als Impulsgeber für die Brandenburger Wirtschaft ein. Mit

118 Karl-Heinz Paqué: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit, München 2009, S. 174.

119 Vgl. Nach dem Goldrausch, in: Die Zeit vom 24.10.2013.

120 Vgl. So lockte Brandenburg Tesla nach Grünheide, in: Die Welt vom 7.3.2020; Tesla hat in Grünheide mittlerweile mehr als 4.000 Beschäftigte, in: rbb24 vom 11.5.2022, <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/wirtschaft/tesla/2022/05/tesla-mitarbeiter-schichtarbeit-ausbildung.html> (Zugriff am 13.6.2022).

121 Nach Eigenauskunft der Gewerbeparkverwaltung. Vgl. <https://www.ttt-gewerbepark.de/index.htm> (Zugriff am 13.6.2022).

mehr als 200 000 Beschäftigten rückte die Hauptstadtregion 2019 erstmals an die Spitze aller Logistikstandorte in Deutschland vor.¹²² Damit knüpfte Berlin zwischen 2005 und 2020 doch noch an die 1989/90 überzogenen und in den 1990er-Jahren zunächst enttäuschten Erwartungen an, als Wachstumsmotor für das Umland zu dienen. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung scheinen die teilungsbedingten Folgen für die Brandenburger Wirtschaft überwunden und die Hauptstadt bildet wieder die wirtschaftsgeografische Mitte Brandenburgs.

4. Strukturwandel in der Lausitz

Im September 2021 verkündete der dänische Windkraftanlagenbauer Vestas, sein Lausitzer Werk im 50 Kilometer südwestlich von Cottbus gelegenen Lauchhammer aufgrund fehlender Nachfrage und hoher Kosten schließen zu wollen. 460 Mitarbeitern wurde an dem knapp 20 Jahre zuvor errichteten Produktionsstandort für Rotorblätter – dem größten Unternehmen der Stadt – zum Jahresende gekündigt. In der Brandenburger Politik schlug die Bekanntgabe hohe Wellen. Vestas hatte gerade für die Lausitz als Musterbeispiel für die Anfang der 2000er-Jahre ausgerufenen Wende zugunsten erneuerbarer Energien gegolten, die aber bereits ins Stocken geraten war. Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) bezeichnete die Entscheidung angesichts des zu erwartenden Ausbaus erneuerbarer Energien als »nicht nachvollziehbar«.¹²³ Der SPD-Fraktionschef im Potsdamer Landtag, Erik Stohn, forderte mit Blick auf den Strukturwandel vor Ort »alles für den Standort zu unternehmen, was jetzt noch möglich ist«. Und die Spitzenkandidatin der Grünen bei der Bundestagswahl 2021, Annalena Baerbock, erklärte, sie wolle nach der Wahl

122 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg vom 27.2.2020: »Logistikstandorte in Deutschland: Berlin-Brandenburg ist die neue Nummer 1«, <https://mwae.brandenburg.de/de/logistikstandorte-in-deutschland-berlin-brandenburg-ist-die-neue-nummer-1/bb1.c.660558.de> (Zugriff am 13.6.2022).

123 Zit. nach Geplantes Aus von Vestas-Werk: Fraktionen für Verhandlungen, in: Süddeutsche Zeitung vom 21.9.2021.

in der Bundesregierung den Ausbau erneuerbarer Energien konsequent vorantreiben, da nur so Arbeitsplätze in der vom Strukturwandel betroffenen Lausitz geschaffen werden könnten.¹²⁴

Verhindert werden konnte die Schließung des Werkes schließlich nicht mehr. Am 11. Dezember 2021 verließ der letzte Windradflügel die Produktionshalle in Lauchhammer. Dabei hatten die Politiker mit dem wiederkehrenden Hinweis auf die Bedeutung des Strukturwandels in der Lausitz die Problemlage einer Region verdeutlichtet, die seit 1990 massiv von der Abkehr von der heimischen Braunkohle betroffen war.

Bedeutende Industriezweige in der Lausitz

Bis 1989 prägten der Abbau und die Verarbeitung von Braunkohle die Lebens- und Arbeitswelt des Bezirkes Cottbus. Mehr als 90 000 Menschen arbeiteten in den Braunkohletagebauen, den Kraftwerken sowie den Brikkettfabriken. 54 Prozent der Industriebeschäftigten im Bezirk Cottbus waren in den Bereichen Kohle und Energie tätig.¹²⁵ Mit knapp 200 Millionen Tonnen entfielen zwei Drittel der gesamten Braunkohleförderung in der DDR auf die Region um Cottbus. Das Lausitzer Revier hatte bis zum Ende der DDR immer mehr an Bedeutung gewonnen und war maßgeblich dafür verantwortlich, dass die DDR zum größten Braunkohleproduzenten der Welt avancierte. Acht Prozent der Gesamtfläche des Bezirks wurden dabei durch den Bergbau in Anspruch genommen, während der Ausbau dieses Industriezweigs eine Urbanisierungswelle und gleichzeitige Landflucht in der Region verursachte. So stieg die Wohnbevölkerung der Stadt Cottbus zwischen 1981 und 1989 von 116 000 auf 129 000 an. Die Erschließung weiterer Tagebaue führte jedoch auch dazu, dass bis 1989 etwa 130 Ortschaften komplett devastiert, also durch den Tage-

124 Zit. nach Vestas-Schließung Ergebnis verfehlter Politik, in: Der Stern vom 22.9.2021.

125 Zum Bezirk gehörten bis 1990 auch die Kreise Hoyerswerda und Weißwasser, die sich 1990 in Abstimmungen für die Zugehörigkeit zum künftigen Bundesland Sachsen entschieden.

bau zerstört wurden.¹²⁶ Allein zwischen 1981 und 1989 waren dadurch 23 000 Menschen von Ortsverlagerungen betroffen. Die psychosozialen Folgen dieser Entwurzelung zeigen sich an einem jahrzehntealten Sprichwort der sorbischen Minderheit: »Gott hat die Lausitz geschaffen, aber der Teufel die Kohle darunter.«¹²⁷

Neben der Braunkohle hatten aber auch die traditionellen Glas- und Textilindustrien das Wirtschaftsgefüge der Lausitz vor 1989 dominiert. Eine Vielzahl von Betrieben war in Weißwasser zum Kombinat Lausitzer Glaswerke mit etwa 4000 Beschäftigten zusammengeführt worden; 1984 war in Tschernitz ein Glasteilwerk für Farbbildröhren entstanden. In Hinblick auf die Stärkung der traditionell in der Lausitz vertretenen Textilbranche, deren Bedeutung Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst abgenommen hatte, hatte der Ministerrat der DDR 1968 den Aufbau eines Textilkombinats in Cottbus beschlossen, das 1989 in 21 Betrieben 20 800 Beschäftigte zählte, davon 5200 am Standort Cottbus (die Betriebe produzierten Damenoberbekleidung wie Blusen, Hemden, Röcke, aber auch Teppichgarn und Texturseide).¹²⁸ Diese drei traditionellen Branchen, die den Lausitzer Wirtschaftsraum seit Mitte des 19. Jahrhunderts geprägt hatten, erfuhren nach 1989 einen starken Einbruch. Die Zahl der im Lausitzer Braunkohlerevier Beschäftigten sank bis 1999 auf nur noch 12 700, wobei der größere Teil davon in der Abwicklung des Auslauftagebaus sowie der Rekultivierung und Sanierung der ehemaligen Abbauflächen beschäftigt war.¹²⁹ Zum Abbau beigetragen hatten vor allem umweltpolitische Forderungen nach einer Diversifizierung der Energieträger in Ostdeutschland, da die fehlende ökologische Sanierung der Tagebaue

126 Vgl. Robert Büschel/Martina Kuhlmann: Braunkohlebergbau, in: Matthias Asche u. a. (Hg.): Brandenburgische Erinnerungsorte. Erinnerungsorte in Brandenburg, Berlin 2021, S. 303–314; Matthias Baxmann: Zur Geschichte der Industrialisierung der Niederlausitz, in: Der Speicher (1999) 3, S. 48–73, hier S. 68.

127 Gott schuf die Lausitz, der Teufel schob Kohle darunter, in: Lausitzer Rundschau vom 7.10.2004.

128 Vgl. Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH Cottbus (Hg.): 50 Jahre Textilindustrie in Cottbus, Cottbus 2008, S. 7–19.

129 Vgl. Hans Apel: Zerstörte Illusionen. Meine ostdeutschen Jahre, Stuttgart 2000, S. 134.

zu Mondlandschaften und die kaum vorhandenen Rauchgasfilter in den Kraftwerken zu erheblichen Belastungen durch Schwefeldioxidemission mit Krankheitsfolgen im Bezirk Cottbus geführt hatten. Rasch kam es daher zu einem Einbruch in der Nachfrage nach Braunkohlebriketts und Stadtgas, die durch andere Energieträger wie Erdgas oder Importsteinkohle ersetzt wurden. Die umfangreichen finanziellen Aufwendungen, auf die sich der Bund und die betroffenen Länder Brandenburg und Sachsen einigen konnten, führten immerhin zu einer sozialen Abfederung des Beschäftigtenabbaus durch temporär fortgeführte Beschäftigungsverhältnisse. Im Jahr 2017 zählte das Lausitzer Braunkohlerevier noch etwa 8800 Beschäftigte im Kohle- und Energiesektor, das heißt in den noch verbliebenen Tagebauen und den Großkraftwerken. Der Beschäftigungsanteil des Kohlenbergbaus und der Energieerzeugung in der Lausitz betrug nur noch 2,1 Prozent.¹³⁰

Die Textilindustrie erlebte einen ähnlichen Bedeutungsverlust. Dabei hatte die DDR diese Branche mit dem Aufbau des Textilkombinats entgegen dem Trend in Westeuropa noch gestärkt. So verzeichnete die westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie im Zeitraum von 1960 bis 1981 einen Rückgang von 613 000 auf 282 000 Beschäftigte. Der Rückgang war auf eine veränderte Nachfrage und Konkurrenz aufgrund niedriger Löhne im südeuropäischen, seit den 1970er-Jahren auch im asiatischen Ausland zurückzuführen.¹³¹ Durch den deutsch-deutschen Devisenverrechnungskurs sowie die sonstige Abschottung von den westlichen Märkten hatte das Textilkombinat Cottbus von dieser Entwicklung noch profitieren und 1989 eine Kooperation mit der Wattenscheider Firma Steilmann eingehen können, die im Lohnauftrag Kleidung in Cottbus nähen ließ. Quasi über

130 Vgl. Holger Seibert u. a.: Die Lausitz. Eine Region im Wandel, in: IAB Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz (2018) 3, S. 24 f.

131 Vgl. Karl Ditt: »Passive Sanierung«: Der Niedergang der bundesdeutschen Textilindustrie und die Reaktionen von Staat und Unternehmern am Beispiel von Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, in: Stefan Grüner/Sabine Mecking (Hg.): Wirtschaftsräume und Lebenschancen. Wahrnehmung und Steuerung von sozialökonomischem Wandel in Deutschland, 1945–2000, Berlin/Boston 2017, S. 133–147, hier S. 140.

Nacht erfuhr die Textilbranche in Ostdeutschland mit der Währungsunion allerdings einen Strukturwandel im Zeitraffer. Zunächst durchaus Erfolg versprechende Konzepte sahen zwar die Schließung einiger Betriebsteile, aber auch die Fortführung eines Teils der Produktion vor. Nach mehreren Schrumpfungsprozessen erfolgte jedoch 2008 die Schließung des letzten Textilwerks in Cottbus, die zugleich das weitgehende Ende dieses traditionellen Industriezweigs in der Region bedeutete. Ebenfalls eine schwierige Phase durchlief die Glasindustrie. Im sächsischen Weißwasser kam es 2002 zur Insolvenz der Lausitzer Glaswerke AG. Und nachdem es 1993 der Treuhand zunächst gelungen war, dass Fernsehglaswerk Tschernitz an den südkoreanischen Konzern Samsung zu verkaufen, führte die Verdrängung der in Tschernitz gefertigten traditionellen Farbbildröhren durch Flachbildfernseher 2007 zur Schließung des Werkes mit 350 Mitarbeitern, von der auch 250 weitere Beschäftigte von Dienstleisterfirmen betroffen waren.¹³² In Tschernitz gelang allerdings kurz darauf die Ansiedlung der Glasmanufaktur Brandenburg (GMB) durch österreichische Investoren. Das Werk wuchs in der Folge zu einem der größten Hersteller von Treibhaus- und Solargläsern in Europa und beschäftigte 2020 etwa 300 Mitarbeiter.¹³³ In Weißwasser gelang es dem österreichischen Familienunternehmen Stölzle ab 1996, einen Teil der Glashüttenanlagen zu übernehmen und dauerhaft zu modernisieren. 2020 zählt die Stölzle Lausitz GmbH 400 Mitarbeiter.¹³⁴

Die Beschäftigtenzahlen der Lausitzer Glasindustrie nehmen sich im Vergleich zum eigentlichen industriellen Vorzeigebetrieb der Region eher bescheiden aus. Im Oktober 1990 hatte die Treuhand den Verkauf des Synthesewerks Schwarzheide an die BASF aus Ludwigshafen verkündet. Die ersten Jahre nach der Übernahme waren zunächst durch einen erheblichen Personalabbau und Schwierigkeiten bei der Umstellung des Pro-

132 Vgl. Die Katastrophe von Tschernitz, in: Lausitzer Rundschau vom 7.7.2007.

133 Vgl. Lausitzer Solarglaserhersteller investiert 100 Millionen Euro, in: rbb24.de vom 15.11.2021, <https://www.rbb24.de/studiocottbus/index.htm/doc=%21content%21rbb%21r24%21studiocottbus%21wirtschaft%212021%2111%21tschernitz-glasmanufaktur-solarglaserhersteller-richtfest.html> (Zugriff am 13.6.2022).

134 Vgl. Gläser aus Weißwasser erobern die Welt, in: Sächsische Zeitung vom 11.1.2020.

duktportfolios bestimmt.¹³⁵ Der Personalbestand sank zwischen 1990 und 1994 von knapp 5000 auf etwa 2000 Beschäftigte. Als richtungsweisend sollte sich jedoch die Entscheidung von der BASF erweisen, das Werk aufgrund der enttäuschenden Absatzentwicklungen bei Polyurethanen nicht zu schließen (einen solchen Schritt hätte sich der Konzernvorstand wohl auch im Hinblick auf den aus Ludwigshafen stammenden Bundeskanzler bzw. die von einem Rückzug ausgehende Signalwirkung nicht leisten können), sondern mit neuen Geschäftsfeldern weiterzuentwickeln. Bis 1995 investierte die BASF, unterstützt durch Bundes- und Landesmittel, etwa 1,3 Milliarden DM am Standort.¹³⁶ Durch Ausgründungen von Handwerks- und Gewerbebetrieben sowie die Neuansiedlung von Zulieferern in unmittelbarer Umgebung des Werkes im selben Zeitraum entstanden 1800 weitere Arbeitsplätze, von denen zahlreiche durch ehemalige Werksangestellte besetzt wurden.¹³⁷ Die Ankündigungen der Bundesregierung, die Entwicklung und den Aufbau einer eigenen Batterieindustrie insbesondere für den Einsatz von Batterien in Elektrofahrzeugen fördern zu wollen, führten in jüngster Vergangenheit zu weiteren Investitionen am Standort durch die BASF selbst, aber auch den französischen Konzern Air Liquide.¹³⁸ Mit 3400 direkt und indirekt Beschäftigten zählte das BASF-Werk zu einem der wenigen industriellen Leuchttürme im Land Brandenburg.

Ein zweiter bedeutender industrieller Standort jenseits der Braunkohle konnte in Guben erhalten werden. In der direkt an der deutsch-polnischen Grenze gelegenen Stadt war im Rahmen des Chemieprogramms der DDR ein großes Chemiefaserwerk mit rund 8000 Beschäftigten ent-

135 Vgl. Karlsch: Die Strategien der Treuhandanstalt/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben zur Privatisierung der chemischen Industrie und Mineralölindustrie 1990–2000 (wie Anm. 85).

136 Vgl. ebd.

137 Vgl. Herbert Berteit: BASF Schwarzheide GmbH: Der schnelle Weg zur Erneuerung eines Unternehmens und einer Region, in: Rüdiger Pohl (Hg.): Herausforderung Ostdeutschland. Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Berlin 1995, S. 319–328, hier S. 325.

138 Vgl. BASF investiert weitere Millionen am Standort Schwarzheide, in: Süddeutsche Zeitung vom 12.2.2021.

standen. Nach 1990 wurde der Betrieb von der Treuhand aufgespalten und einzelne Produktionsbereiche privatisiert oder aufgrund massiver Überkapazitäten und mangelnder Nachfrage stillgelegt. 1992 übernahm die Hoechst AG das Faserwerk in Guben. Die Umwandlung der Hoechst AG führte zu mehreren Eigentümerwechseln, einer Insolvenz im Jahr 2009 und der Umbenennung des Standorts. In thailändischem Besitz und unter dem Namen Trevira GmbH produzierten im Jahr 2019 etwa 600 Beschäftigte Garne unter anderem für Autositze und Autoinnenverkleidungen.¹³⁹ Ein wichtiger Chemieproduzent ist darüber hinaus die Megaflex GmbH in Guben. Das 1966 in der Bundesrepublik gegründete Familienunternehmen siedelte sich 1991 in Guben an, um neue Absatzmärkte für Weichschaumstoffe in Osteuropa zu erschließen. Das Engagement von Megaflex war für die Stadt gleichermaßen wichtig wie nachhaltig. 2019 beschäftigte das Unternehmen etwa 400 Mitarbeiter.¹⁴⁰ Mit der ATT Polymers GmbH und ihren 60 Beschäftigten existiert in Guben ein drittes, Kunststoff-Granulate herstellendes Chemieunternehmen. Die Übernahme einer Produktionsanlage des ehemaligen Chemiefaserwerks durch die polnische Groupa Azoty markierte dabei für Brandenburg keinen Einzelfall. Die Wirtschaftsförderungs-GmbH des Landes verwies im Jahr 2018 auf 26 Betriebe, die sich in polnischer Hand befanden.¹⁴¹

Als spektakulärster Fall der Übernahme eines Brandenburger Unternehmens durch einen Investor aus Ostmitteleuropa erwies sich der Verkauf der Vattenfall-Braunkohlesparte in der Lausitz an ein tschechisches Konsortium im Jahr 2016, deren Muttergesellschaften der Energieversor-

139 Vgl. Trevira will Produktion in Guben wieder hochfahren, in: rbb24.de vom 18.9.2019, <https://www.rbb24.de/studiocottbus/wirtschaft/2019/09/trevira-gubenkurzarbeit.html> (Zugriff am 13.6.2022).

140 Vgl. Strukturwandel: Wirtschaftsstandort Guben macht Industriegebiete fit, in: Niederlausitz aktuell vom 26.3.2019.

141 Vgl. Standort Deutschland: Polen und Tschechen als Investoren im Kommen, in: shz.de vom 4.4.2018, <https://www.shz.de/deutschland-welt/wirtschaft/artikel/standort-deutschland-polen-und-tschechen-als-investoren-im-kommen-41676580> (Zugriff 3.6.2022); Polen übernehmen deutsche Firmen, in: MDR vom 28.2.2020, <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/polen-condor-100.html> (Zugriff am 3.6.2022).

ger EPH und der Finanzkonzern PPF sind. Seitdem firmieren der Braunkohletagebau (Lausitz Energie Bergbau AG) und die Kraftwerkssparte (Lausitz Energie Kraftwerke AG) unter der gemeinsamen Marke LEAG, die mit etwa 7400 Beschäftigten den größten Arbeitgeber in der Lausitz und in ganz Brandenburg stellt.

Herausforderungen des Strukturwandels

In der gegenwärtigen und zukünftigen Bedeutung der LEAG manifestieren sich allerdings zugleich die wesentlichen Probleme des Strukturwandels, den die Lausitz bereits durchlaufen hat und noch durchlaufen wird. Der rasante Rückgang der Kohleförderung und -verarbeitung in den 1990er-Jahren hat zu einem enormen Strukturbruch geführt, in dessen Folge nicht nur die Industrie bzw. das produzierende Gewerbe, sondern auch der Bergbau an Bedeutung verloren haben. Fehlende Möglichkeiten, die Vielzahl an verlorenen Arbeitsplätzen adäquat zu ersetzen, sorgten für eine massive Abwanderungswelle. Zwischen 1995 und 2015 verloren die brandenburgische Lausitz sowie die dazugehörigen sächsischen Gebiete beinahe jeden fünften Bewohner durch Abwanderung.¹⁴² Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz mit seinen ehemaligen Kohlezentren um Lauchhammer und Senftenberg verzeichnete mit 36 Prozent den höchsten Einwohnerrückgang der gesamten Lausitz.¹⁴³ Die Abnahme der Arbeitslosigkeit in der Region seit Mitte der 2000er-Jahre hing nicht zuletzt auch mit dem Rückgang der für den Arbeitsmarkt relevanten Bevölkerungsgruppe der 15- bis 65-Jährigen zusammen. So wurde der Arbeitsmarkt um jede vierte Erwerbsperson entlastet. Dennoch lag die Arbeitslosenquote 2017 in den meisten Lausitzer Kreisen über dem ostdeutschen Durchschnitt. Zu konstatieren ist jedoch auch, dass der Industriebeschäftigtenanteil nach 2000 nicht weiter abgenommen, sondern sogar leicht zugelegt hat. Auch

142 Vgl. Gunther Markwardt/Stefan Zundel: Strukturwandel in der Lausitz. Eine wissenschaftliche Zwischenbilanz, in: Ifo Dresden berichtet 3/2017, S. 17–22.

143 Vgl. Seibert u. a.: Die Lausitz (wie Anm. 130), S. 13.

die Gesamtzahl der Industriebeschäftigten stieg zwischen 2000 und 2016 leicht von 81 000 auf 85 000.¹⁴⁴ Die Deindustrialisierungsprozesse konzentrierten sich in der Lausitz zunächst also weitgehend auf das erste Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung. 18,7 Prozent aller Beschäftigten waren im Jahr 2016 im Energiesektor und dem verarbeitenden Gewerbe tätig, was in etwa dem gesamtdeutschen Durchschnitt entsprach. Allerdings nahm die Region um Cottbus im Vergleich der Brandenburger Kreise schon längst nicht mehr die dominierende Rolle ein, die sie vor 1989 hatte. Abzulesen war diese Entwicklung auch an der beschäftigungsintensivsten Industriebranche. Dabei handelte es sich 2016 nicht etwa um den Maschinenbau oder die chemische Industrie, sondern um die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln.¹⁴⁵ Aufgrund des beschlossenen Ausstiegs aus der Braunkohleförderung spätestens bis zum Jahr 2038 zeichnet sich allerdings ein weiterer Bedeutungsverlust des Bergbaus ab.¹⁴⁶ Das Ende der Braunkohle wird auch zu einer Abnahme gut bezahlter Facharbeiter- und Ingenieurstätigkeiten mit hohen Wertschöpfungsraten führen. Mit knapp 4000 Euro verzeichnete das produzierende Gewerbe um Senftenberg im Jahr 2017 die höchsten Durchschnittslöhne in Brandenburg, während diese in der Lausitz ansonsten zwischen 2000 bis 3000 Euro lagen.¹⁴⁷ Der Wandel in den Beschäftigtenstrukturen wird sich auch weiterhin in der Rangliste der größten Arbeitgeber der Region widerspiegeln. So gehörte zu den zehn beschäftigungsstärksten Cottbuser Unternehmen mit der LEAG im Jahr 2019 nur ein industrieller Betrieb.

144 Vgl. Martina Greib: Struktur- und industriepolitische Alternativen für die Lausitz, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz, Berlin 2019, S. 9–73, hier S. 24. Die Zahl gilt für die gesamte Lausitz, schließt also auch die sächsischen Gebiete der Oberlausitz um Bautzen mit ein.

145 Vgl. ebd., S. 22.

146 Ausführlich zu den Bedingungen und Folgen des Kohleausstiegs bzw. des sogenannten Kohlekompromisses vgl. Konrad Gürtler/Victoria Luh/Johannes Staemmler: Strukturwandel als Gelegenheit für die Lausitz. Warum dem Anfang noch der Zauber fehlt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2020) B 6/7, S. 32–39.

147 Vgl. Zukunftswerkstatt Lausitz (Hg.): Die Lausitz. Zahlen und Fakten – Ein Überblick, Bad Muskau 2018, S. 11.

Das Klinikum Cottbus, die Stadtverwaltung, die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg und der Callcenter-Dienstleister Majorel Cottbus GmbH folgten mit mehr als 1000 Beschäftigten auf den nächsten Plätzen.

Der zu erwartende Strukturwandel weg vom Bergbau muss allerdings nicht zu einer Abkehr von der Industrie und der zu ihr zählenden Energiegewinnung führen. Die wachsenden Kapazitäten in der Wind- und Solarstromerzeugung sowie Impulse für die Digitalisierung und Elektromobilität können Anreize zur Ansiedlung von Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes bieten. Hier käme es durch Anreizsysteme und die Stärkung der Infrastruktur darauf an, nicht nur Produktionsanlagen und Energiesysteme in die Lausitz zu holen, sondern auch die Besitzer- und Betreiberfirmen vor Ort anzusiedeln.¹⁴⁸ Gegenwärtig ist der brandenburgische Teil der Lausitz im Verhältnis zu anderen peripheren Teilen Ostdeutschlands noch überdurchschnittlich industrialisiert. Vor dem Hintergrund einer politischen Intervention zugunsten der Erreichung klima- und umweltpolitischer Ziele stellt die Lausitz allerdings seit 1990 und auch wieder seit 2020 einen Sonderfall in Ostdeutschland dar, der Wachstumsimpulse durch finanzielle, technologische und administrative Unterstützung durch die öffentliche Hand als gerechtfertigt erscheinen lässt.¹⁴⁹ Dass die Lausitz mit dem Ausstieg aus der Braunkohleliverstromung vor einer erneuten Deindustrialisierungsphase steht, ist also keineswegs ausgemacht.

148 In der Lausitz befinden sich bereits drei der größten Solarparks Deutschlands: Solarpark Finsterwalde (82 Megawatt [MW] Leistung), Solarpark Lieberose (52 MW) und der Solarpark Senftenberg (78 MW), der zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der größte zusammenhängende Solarkomplex der Welt mit 636 000 Modulen auf 1000 Hektar war und auf den Kippenflächen des ehemaligen Braunkohletagebaus Meuro entstanden war. Die Betreiberfirmen der Anlagen stammen allerdings nicht aus der Lausitz, sondern aus Bayern und Berlin. Vgl. Greib: Struktur- und industriepolitische Alternativen (wie Anm. 144), S. 45.

149 Vgl. Markwardt/Zundel: Strukturwandel in der Lausitz (wie Anm. 142), S. 21.

Fazit: 50 Jahre Strukturwandel in Brandenburg

Die unter sozialistischen Produktionsbedingungen erfolgten Ansiedlungen von Industriebetrieben veränderten die Wirtschaftsstruktur in Brandenburg noch bis weit in die 1970er-Jahre nachhaltig und sorgten für einen Industrialisierungsboom verbunden mit einem stetigen Bevölkerungszuwachs. Im Hinblick auf die industrielle Basis war Brandenburg mit seinem Energiezentrum in der Lausitz und den Standorten entlang der Oder-Neiße-Grenze ein Industrialisierungsgewinner der DDR. Während in westlichen Ländern wie der Bundesrepublik, Frankreich oder Großbritannien die Belegschaftszahlen in den Industriebetrieben sanken, setzte sich der Beschäftigtenzuwachs in der Industrie unter planwirtschaftlichen Bedingungen in Brandenburg fort.¹⁵⁰ Dies bedeutete aber auch einen zunehmenden Produktivitätsrückstand gegenüber dem Westen. Zwar waren die Maschinen und Anlagen im DDR-weiten Vergleich etwas weniger stark verschlissen, aber auch in Brandenburg, etwa in den großen Stahlwerken oder im Maschinenbau, existierten im Vergleich zu westlichen Märkten veraltete Produktionsstätten mit hohem Wartungsbedarf.¹⁵¹ Außerdem führte die Ansiedlung von Großbetrieben in einem ansonsten weitgehend agrarisch geprägten Land dazu, dass Brandenburg 1989 faktisch ein »Land ohne Mittelstand« war.¹⁵²

Mit der Treuhandanstalt trat seit Sommer 1990 ein Transformationsakteur auf den Plan, der sich selbst auf die Fahnen geschrieben hatte, die Brandenburger Betriebe zunächst nach rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu privatisieren. Eine gesamtwirtschaftliche Perspektive, die auch die in der DDR etablierten, spezifischen Vernetzungsstrukturen der Kombinate berücksichtigte, wurde dadurch zu selten eingenommen. Mit den systematischen Branchenuntersuchungen in der Chemie, der

150 Vgl. Interview mit Lutz Raphael, in: »Das war ein Bruch, der politisch gewollt war«, in: Wirtschaftswoche vom 27.7.2019.

151 Vgl. Knoll: Zwischen Abbruch und Aufbruch (wie Anm. 72), S. 145 f.

152 Max Trecker: Neue Unternehmer braucht das Land. Die Genese des ostdeutschen Mittelstands nach der Wiedervereinigung, Berlin 2022, S. 211 f.

Braunkohle und der Stahlindustrie durch Unternehmensberatungen begann erst ab Mitte 1991 und nur in Teilen eine strategische Ausrichtung der Privatisierungsentscheidungen an volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, die auch die sozialen Folgekosten von Betriebsstilllegungen berücksichtigten.

Das Liquiditäts- und Rentabilitätsproblem ihrer Betriebe beantwortete die THA grundsätzlich mit der Aufforderung zu umfangreichen Personaleinsparungen, die zum schlagartigen Absterben des Forschungs- und Entwicklungspotenzials führten. Der eigentliche Deindustrialisierungsschock erfolgte aber mit der Einführung der D-Mark zum 1. Juli 1990, auf die die Betriebe nur mit Kurzarbeit und Entlassungen reagieren konnten, sofern sie wettbewerbsfähig werden wollten. Die Treuhand beschleunigte die Deindustrialisierungsprozesse noch durch das von ihr ausgerufene hohe Privatisierungstempo. Schnelle Betriebsübernahmen erfolgten zumeist nur bei stark verringertem Personalbestand. Die nicht übernommenen Beschäftigten sahen sich also rasch der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Eine derartige Entwicklung vollzog sich nicht nur bei den in diesem Beitrag genannten ehemaligen Kombinatstammbetrieben. In den Treuhandniederlassungen, die für die kleinen und mittleren Betriebe zuständig waren, wurde ein noch höheres Privatisierungstempo ausgerufen. Zahlreiche Betriebe für die bis Mitte bzw. Ende 1992 kein Käufer gefunden wurde, gingen in die Abwicklung. So schickte die Treuhandniederlassung Potsdam 39 Prozent der ihr unterstellten 399 Betriebe in die Liquidation. Ein Wert, der deutlich über dem Durchschnitt aller Niederlassungen der Treuhand (32 Prozent) lag.¹⁵³

Lässt man die ökonomischen Rahmenbedingungen beiseite, bleibt die Tatsache bestehen, dass die Treuhand in Brandenburg verantwortlich für einen Strukturwandel im Zeitraffer war. Zugleich führten Teilprivatisierungen, Ausgründungen und Kommunalisierungen aber auch zu einer marktwirtschaftlich notwendigen Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur.

153 Vgl. Treuhandanstalt, Monatsbericht September 1994, S. A3, BArch Berlin, B 412/24129, unfol.

Die im Vergleich rasch anwachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors erfolgte auch deshalb, weil viele Dienstleistungen eben keinem harten internationalen Wettbewerb ausgesetzt waren, zumal der ostdeutschen Industrie nach 1990 auch noch die Märkte in Ostmitteleuropa wegbrachen. Da Einzelhandel, Friseure oder Versicherungen von einem geringeren interregionalen Handel ihrer Produkte profitierten, waren sie stärker gegen die Konkurrenz aus Westdeutschland oder dem Ausland geschützt. Dieser Effekt verstärkte noch den Trend zur Transformation von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft.¹⁵⁴ Zwar erreichten die Deindustrialisierungsprozesse in der Warenproduktion ihren Tief- und Wendepunkt bereits Ende des Jahres 1991, der Beschäftigtenabbau dauerte aber über viele weitere Jahre an und verstärkte den Eindruck einer dauerhaften Verdrängung der Industrie aus den Erwerbsbiografien der Brandenburger. Zugleich sorgten die Privatisierungsentscheidungen der Treuhand in einer Reihe von Fällen für eine positive Entwicklung der Standorte wie in Schwarzheide (Chemie), Eisenhüttenstadt (Stahl), Schwedt (Petrochemie), Ludwigsfelde (Transporter-Produktion), Oranienburg (Pharma und Chemie) oder Brandenburg an der Havel (Stahl), die im Jahr 2020 die größten Industriebetriebe in Brandenburg bildeten und für die jeweiligen Regionen ein wichtiger arbeitsmarktpolitischer Anker in der Transformationszeit waren.¹⁵⁵

154 Vgl. Henning Klodt/Rainer Maurer/Axel Schimmelpfennig: Tertiärisierung in der deutschen Wirtschaft, Tübingen 1997, S. 9.

155 Die Entwicklungen durch den russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 und das in der Folge von der Bundesregierung verfolgte Ziel eines Ölembargos gegen Russland haben das PCK Schwedt kurzfristig vor eine unsichere Zukunft gestellt. Bei Redaktionsschluss dieses Aufsatzes existieren verschiedene Pläne zur Rettung des Standortes bis hin zur völligen Umstrukturierung mit der Ausrichtung auf die Herstellung von grünem Wasserstoff als zukünftigem Energieträger. Vgl. Zukunftspläne der Raffinerie in Schwedt noch nicht konkret, in: rbb24.de vom 2.6.2022, <https://www.n-tv.de/regionales/berlin-und-brandenburg/Zukunftsplaene-der-Raffinerie-in-Schwedt-noch-nicht-konkret-article23373804.html> (Zugriff am 13.6.2022).

Zur Rolle der Treuhandanstalt

Die Anfang der 1990er-Jahre unter anderem vom Wirtschaftswissenschaftler Hans-Rudolf Peters geäußerte Befürchtung, durch die Subventionierung von Alt-Industriestandorten eine staatlich gesteuerte Strukturkonservierung zu betreiben, hat sich als unbegründet erwiesen.¹⁵⁶ Gerade in Eisenhüttenstadt gab es aufgrund der möglichen sozialen Konsequenzen einer Werksschließung auch faktisch keine andere Möglichkeit, als mit erheblichem finanziellen Aufwand das Stahlwerk zu erhalten und zu modernisieren. Kontrafaktisch lässt sich dementsprechend fragen, ob bedrohte und besonders wichtige industrielle Großbetriebe nicht häufiger hätten saniert werden sollen? Der damalige Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder im Kanzleramt, Johannes Ludewig, hat diese These kürzlich bekräftigt, indem er erklärte, dass es rückblickend besser gewesen wäre, mit ein paar Milliarden DM mehr einige bedeutende Industriestandorte wie zum Beispiel SKET in Magdeburg zu erhalten.¹⁵⁷

In ähnlicher Weise lässt sich auch fragen, ob nicht weniger, sondern mehr Treuhandanstalt geholfen hätte, der ostdeutschen Industrie zu mehr Wachstum zu verhelfen? Die Theorie eines veränderten und umfassenderen Ansatzes der Behörde zur Sanierung und Investitionsförderung anstatt des reinen Privatisierungsauftrages wurde bereits 1991 von Jan Priewe und Rudolf Hickel verfolgt¹⁵⁸ und ist in jüngerer Zeit in veränderter Form wieder aufgekommen.¹⁵⁹ Derlei Bestrebungen zu einer verstärkten Einmischung in die Steuerung und Neuorganisation der ostdeutschen Wirtschaft jenseits des bloßen Privatisierungsgeschäfts hat es tatsächlich

156 Vgl. Hans-Rudolf Peters: Regionalisierte Strukturpolitik für Ostdeutschland?, in: Wirtschaftsdienst 72 (1992) 4, S. 196–201, hier S. 198.

157 Vgl. Interview des Autors mit Johannes Ludewig am 22.1.2021.

158 Vgl. Rudolf Hickel/Jan Priewe: Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung, Frankfurt am Main 1994; Jan Priewe: Leitideen für eine Reform der Treuhandanstalt, in: Kritische Justiz 24 (1991) 4, S. 425–436.

159 Entsprechend argumentierte die Wirtschaftswissenschaftlerin Dalia Marin im Jahr 2020, dass eine längere Tätigkeit der Treuhandanstalt notwendig gewesen wäre: »Die Bundesregierung machte dann den Fehler, die Treuhandanstalt aufzulösen, nachdem diese fast alle ostdeutschen Firmen an westliche Investoren verkauft hatte.

im Hinblick auf Brandenburg auch schon innerhalb der Treuhandanstalt selbst gegeben. Die Mitarbeit in regionalen Planungsstäben und das Entwerfen von Standortkonzepten sind allerdings von Treuhandpräsidentin Birgit Breuel gestoppt worden.¹⁶⁰ Eine eigenständige Politik der Förderung struktur- und industriepolitischer Projekte scheiterte in Brandenburg um die Jahrtausendwende aber dann auch deshalb wiederholt, weil in der Landesregierung ganz im Gegensatz zur Treuhand industriepolitische Träume realistische Marktchancen überlagerten. Dennoch zeigt sich, dass die Treuhand dort, wo sie nicht nur betriebszentriert, sondern auch strukturpolitisch vorging, durchaus Privatisierungserfolge feiern konnte.

Brandenburg 30 Jahre nach der Wiedervereinigung: Ein entindustrialisiertes Land?

Ist Brandenburg 30 Jahre nach der Wiedervereinigung weitgehend entindustrialisiert, wie wiederholt behauptet wurde?¹⁶¹ Zunächst einmal bedarf es bei dieser Frage einer Klärung, was denn eigentlich unter einer entindustrialisierten Gesellschaft zu verstehen ist. Mitunter entsteht der Eindruck, dass dies ein abgeschlossener Prozess sei. Eine feststehende statistische Größe für diesen Befund ist aber jedenfalls in der Wirtschaftswissenschaft nicht auszumachen. Wendet man nun den in der Vergangenheit oft unternommenen Versuch eines Vergleichs der Indus-

Ohne die Subventionen der Behörde versiegten die Investitionen in Ostdeutschland, und die Konvergenz der Region in Richtung des westdeutschen Pro-Kopf-Einkommensniveaus stockte«. Zit. nach dies.: Ostdeutschland: Wiedergeburt der Industrie, in: Wirtschaftsdienst 90 (2020) 10, S. 733.

160 Vgl. Breuel kommentiert Rahmenvereinbarung, in: Handelsblatt vom 19. Juli 1991. So befürchtete Breuel, dass durch die Initiativen des für die Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Ländern zuständigen Direktorats »die offiziell vereinbarte Arbeitsteilung zwischen Ländern und TH immer fließender bzw. unschärfer wird«, Vermerk Birgit Breuel an Kristian Dorenberg, Leiter des Direktorats für Länderfragen der THA vom 19.12.1991, BArch Berlin, B 412/9726, unfol.

161 Vgl. Martens: Der entindustrialisierte Osten (wie Anm. 39); Ragnitz: Strukturwandel nach Entindustrialisierung (wie Anm. 9).

triebeschäftigtenzahlen vor 1989 mit denen nach der Wiedervereinigung an, so lässt sich aufgrund des rapiden Rückgangs der Beschäftigtenzahlen von einer weitgehenden Deindustrialisierung sprechen. Auch im Vergleich der industriellen Produktion und der Beschäftigtenzahlen zeigen sich zwischen Brandenburg und den westdeutschen Bundesländern deutliche Unterschiede. Während in Brandenburg im Jahr 2018 13 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung und 11,6 Prozent der Erwerbstätigen auf das verarbeitende Gewerbe entfielen, waren es in den westdeutschen Bundesländern 22,6 Prozent bzw. 17,2 Prozent der Beschäftigten. Anders sieht es aus, wenn man einen Vergleich auf europäischer Ebene wagt. Hier verzeichnet Brandenburg einen höheren Anteil der industriellen Warenproduktion als etwa Frankreich, die Niederlande oder Großbritannien.¹⁶² Nimmt man diese Länder zum Maßstab, lässt sich nicht von einem deindustrialisierten Brandenburg sprechen. Künftige Forschungen sollten auch begrifflich stärker differenzieren, als dies bisher geschehen ist. So sollte geklärt werden, ob De- und Entindustrialisierung wirklich das Gleiche meinen, sie also jeweils eher einen prozessualen Charakter haben und/oder auch als abgeschlossene Zustandsbeschreibung dienen können? Falls Letzteres der Fall wäre, dann müssten jedenfalls volkswirtschaftliche Kennzahlen zur klaren Einordnung dienen, mit denen auch die Geschichtswissenschaft methodisch arbeiten könnte.

Unabhängig von Begrifflichkeiten lässt sich aber festhalten, dass es sich bei der Industrie in Brandenburg gegenwärtig zumeist um die oft zitierten »verlängerten Werkbänke« handelt.¹⁶³ Diese Entwicklung hängt eng mit dem Wegbrechen des Forschungs- und Entwicklungspotenzials sowie mit der Tatsache zusammen, dass es in Brandenburg nicht gelang, z. B. einen forschungsintensiven Standort der Mikroelektronik zu eta-

162 Vgl. IW Consult GmbH: Industrie in Europa, Gutachten im Auftrag des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Köln 2018, S. 7.

163 Vgl. Osten bleibt »verlängerte Werkbank« des Westens, in: Der Tagesspiegel vom 16.9.2014; Werner Schulz: Entwickeln statt abwickeln. Wirtschaftspolitische und ökologische Umbau-Konzepte für die fünf neuen Länder, Berlin 1992, S. 59; Paul Windolf: Die Transformation der ostdeutschen Betriebe, in: Berliner Journal für Soziologie 6 (1996) 4, S. 467–488.

blieren, wie dies etwa in Sachsen mit dem »Silicon Saxony« um Dresden geschehen ist. Andererseits ist aus Brandenburg, dem »Land ohne Mittelstand«, kein »Land ohne Industrie« geworden. Auf eine weitgehend von westlichen Märkten entkoppelte, bis 1989 fortschreitende Industrialisierung in der DDR folgte ab 1990 eine Deindustrialisierung. Deren Gründe waren vielfältig. Neben der Einführung der D-Mark, dem Wegbrechen der zuvor enorm wichtigen RGW-Märkte und dem von den Gewerkschaften forcierten Prozess der raschen Lohnerhöhung waren es auch das hohe Privatisierungstempo sowie die mangelnde Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Folgen durch die Treuhandanstalt, die dazu beigetragen haben.

Trotz des bereits 1992 einsetzenden Aufschwungs in der industriellen Warenproduktion hat der parallel andauernde Arbeitsplatzverlust in der Industrie den Eindruck eines fortschreitenden Niedergangs verstärkt. Für diesen ist maßgeblich die Treuhand verantwortlich gemacht worden. Dass ihre Entscheidungen an vielen Orten Brandenburgs aber auch eine nachhaltig positive Entwicklung der modernisierten Betriebe in neuen Eigentümerverhältnissen ermöglichten, bleibt bis in die Gegenwart selten erwähnt und wird, wenn überhaupt, dem unternehmerischen Geschick der Investoren zugeschrieben.

Am Ende erlebte Brandenburg beides: eine Deindustrialisierung und einen Aufschwung, die sich nach einem dramatischen Einbruch von 1992 bis zum Jahr 2005 mitunter überlagerten und parallel verliefen. Die Jahre zwischen 2005 und 2020 waren dann mit Ausnahme der Finanzkrise 2008 von einem andauernden Aufschwung und einem Bedeutungszuwachs der Industrie geprägt.

Wie sehr sich das Erbe der DDR und der voranschreitende Strukturwandel auf die Wirtschaft Brandenburgs bis in die Gegenwart auswirken, lässt sich anhand der größten Betriebe des Bundeslandes ablesen. Mit 7400 Beschäftigten stellt die Energieindustrie mit der LEAG im Jahr 2021 noch immer den größten Arbeitgeber im Land. Auf den Plätzen dahinter folgen allerdings keine Industriebetriebe. Neben der Höffner Möbelgesellschaft (7000 Mitarbeiter) finden sich dort die AOK Nordost (5400), die Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH mit Sitz in Eberswalde

(3100) und schließlich die Universität Potsdam (2900).¹⁶⁴ Es wird sich zeigen, ob mit dem Auslaufen der Braunkohleverstromung die Rolle des beschäftigungsintensivsten Arbeitgebers in Brandenburg tatsächlich von Tesla übernommen werden kann. In jedem Fall ist das Engagement des US-amerikanischen Konzerns ein weithin sichtbares Zeichen für den Industriestandort Brandenburg.

164 Vgl. Die 10 größten Unternehmen in Brandenburg, <https://zutun.de/jobs/top-10-unternehmen-brandenburg> (Zugriff am 13.6.2022).